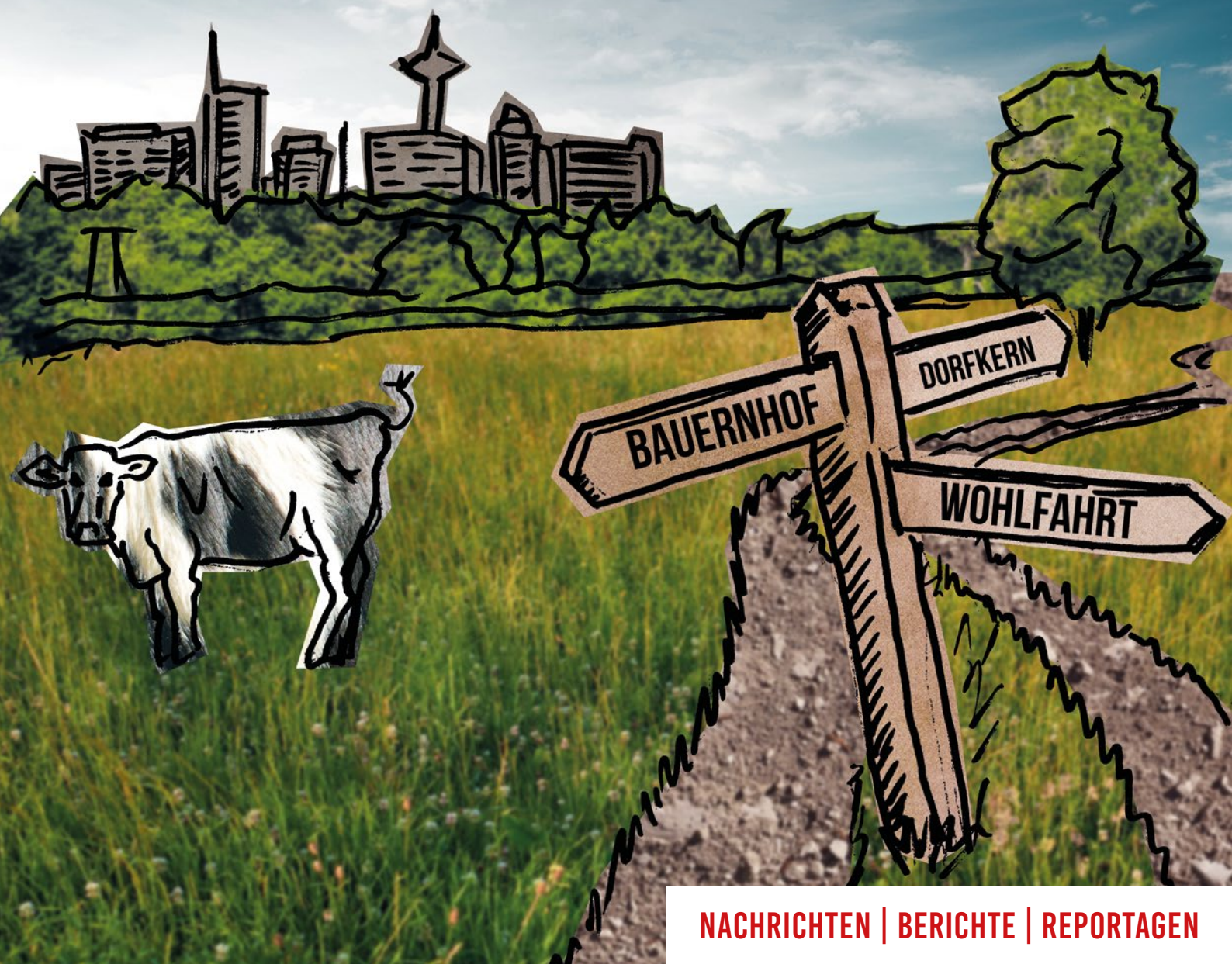
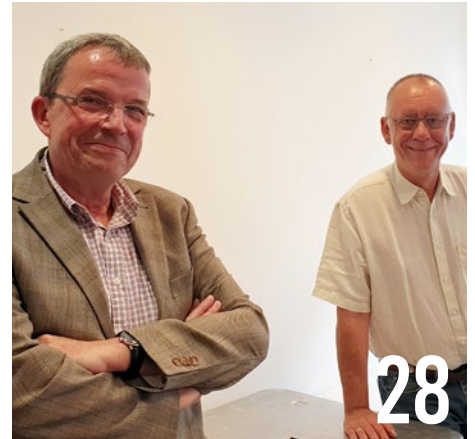


STADT UND LAND

WOHLFAHRT JENSEITS DER METROPOLEN





I EDITORIAL

I SCHWERPUNKT

Regionale Verbandsarbeit

„Für jedes Problem gibt es eine Lösung“

Kürzungen können wir uns nicht leisten!

Drei Fragen an Antje Ludwig,

Referentin beim Paritätischen Sachsen-Anhalt

Ohne Auto nichts los

Drei Fragen an Alexanders Elbers,

Fachreferent Schuldner*innenberatung beim Paritätischen Nordrhein-Westfalen

Felder, Wald und Drogenkonsum

„So etwas macht ein guter Arzt nicht“

Zurück aufs Land

Drei Fragen an Sivalingam Sireetharan (Sri)

vom Refugium Wesermarsch

Migrationsberatung im ländlichen Raum

Aktion Mensch-Projekt „Kommune Inklusiv“ zeigt Wirkung

3 I SOZIALPOLITIK

Vermischtes

23

4 Kapitalismus als Herausforderung für die Soziale Arbeit?

24

6 Wie Kunst ein Zuhause für Obdachlose schafft:
Der Housing-First-Fonds

25

8 Aufatmen bei kleinen Krebsberatungsstellen

26

9 Auch in Coronazeiten ein absolutes Must-have:
Die inklusive Gesellschaft

27

10 I VERBANDSRUNDSCHAU

Fotos

28

12 16.758.000 Masken

29

13 Aktuelle Aktionen: Hartz IV und der Tag gehört dir?/
#gemeinsameKreidezeit

30

17 Was in digitalen Veranstaltungen
besser funktioniert als bei analogen/#BildFürEuch

31

19 Neu erschienen

32

20 Paritätische (Online-) Termine

34

21 Einkaufsvorteile nutzen/Impressum

35

Dieses Magazin kann als barrierefreie pdf-Datei
im Internet heruntergeladen werden:

www.paritaet.org

**NICHT NUR GEDRUCKT
SONDERN AUCH UNTER
FACEBOOK.COM/PARITAET
BEI TWITTER UNTER @PARITAET
BEI INSTAGRAM ALS PARITAET**



LIEBE LESER*INNEN,

mit dieser Ausgabe des Verbandsmagazins werfen wir einen Blick fernab von Großstädten auf ländliche Gebiete und die Frage, wie soziale Arbeit dort organisiert wird. Soziale und gesundheitliche Dienste gibt es in ländlichen Regionen einfach weniger, das Angebot weist auch oft Lücken auf und/oder ist schwer erreichbar. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus dem demografischen Wandel sowie der Abwanderung aus peripheren ländlichen Räumen.

Institutionalisierte Hilfsstrukturen haben sich zwar vielerorts in ländlichen Gebieten durch Vereine etc. entwickelt, dennoch spielen hier die sozialen Netzwerke, die Nachbarschaft und die dörfliche Gemeinschaft oftmals die entscheidende Rolle. Sie organisieren sich privat, bieten gegenseitige Hilfe und Unterstützung, helfen in Notsituationen, betreuen Kinder oder pflegen kranke Menschen. Nachbarschafts- und Selbsthilfe besitzen in diesem Kontext eine prägende Bedeutung. Die Kleinräumigkeit, das Zusammenleben und die sozialen Netzwerke schaffen oft eine besondere „Nähe“ zwischen den dort lebenden Menschen. Vielerorts bieten sie den Menschen ein Gefühl von Sicherheit, Geborgenheit und des Aufeinander Acht gebens. Allerdings kann auch genau diese „Vertrautheit“ bzw. fehlende Anonymität dazu führen, dass medizinische oder soziale Hilfsangebote nicht wahrgenommen werden. Aus Angst, dass die eigenen Anliegen und Probleme nicht anonym bleiben.

Zur Erschließung ländlicher Gebiete und zur Förderung eines breiteren Zugangs der Menschen zu sozialen und gesundheitlichen Angeboten, ist der öffentliche, bezahlbare und barrierefreie Nahverkehr eine zentrale Voraussetzung. Sind diese Infrastruktur und die Option zur Anschaffung eines eigenen PKWs nicht gegeben, haben insbesondere Alte, Menschen mit Behinderung oder arme Menschen das Nachsehen und können medizinische wie soziale Einrichtungen nur eingeschränkt oder gar nicht besuchen und werden auf diese Weise ausgeschlossen.

Insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen kommt es zum Wegbrechen von Versorgungseinrichtungen. Um soziale Ausgrenzung auf dem Land zu verhindern, bedarf es der Sicherung bzw. des Aufbaus von grundlegenden sozialen, gesundheitlichen, technischen und wirtschaftlichen Strukturen – als Teil der Daseinsvorsorge. Neben der Mobilität meint dies insbesondere die Schaffung von Arbeitsplätzen, Nahversorgung, digitale Anbindung und Arztpraxen.

Dieses Heft gibt einen Einblick in die Chancen und Herausforderungen, mit denen unsere Mitgliedsorganisationen und die soziale Arbeit in ländlichen Gebieten konfrontiert sind. Dabei geht es u.a. um die Fragen, wie sich der Paritätische in Flächenländern organisiert, wie sich Inklusion auf dem Land umsetzen lässt, aber auch, zu welcher „positiven Isolation“ ländliche Gebiete für Menschen in der Suchthilfe führen kann.

Herzlich, Ihr Rolf Rosenbrock




Professor Dr. Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

PRAXISEINBLICKE

REGIONALE VERBANDSARBEIT

Lebensqualität entscheidet sich dort, wo die Menschen wohnen, wo sie arbeiten, wo sie im Zweifel auf Hilfe angewiesen sind. Wohlfahrtspflege findet ganz praktisch vor allem in den Kommunen statt. Und für immer mehr Bereiche der sozialen Arbeit sitzen die direkten Gesprächs- und Verhandlungspartner auch genau dort: auf kommunaler Ebene. Für die Jugendhilfe gilt das schon lange, aber auch in der Pflege oder der Behindertenhilfe ist immer mehr dezentralisiert worden und liegt inzwischen in kommunaler Hand. Dies bedeutet auch neue Anforderungen an die verbandliche Präsenz und eine professionelle Gremien- und Lobbyarbeit vor Ort.



Unter dem Dach des Paritätischen sind 10.622 rechtlich eigenständige Organisationen sozialer Arbeit in insgesamt 15 Paritätischen Landesverbänden organisiert, mehr als 3000 davon allein im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es überall lokale Geschäftsstellen des Paritätischen, Iris Bellstedt leitet die Kreisgruppe Düsseldorf und ist eine von vier Paritätischen Bezirkskoordinator*innen des Landesverbandes. Die Kreisgruppen sind Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement, „für alle Menschen, die einfach gute Ideen haben und die was machen wollen.“ Sie beraten Mitgliedsorganisationen, moderieren zwischen unterschiedlichen Interessen, vertreten die Mitglieder bei Entgeltverhandlungen. Manche Kreisgruppe in NRW hat mehr Mitglieder als der manch Paritätische Landesverband. Aufgrund der Mitgliederstärke gibt es vielerorts auch örtliche Facharbeitskreise, beispielsweise für alle lokalen Mitgliedsorganisationen, die im Bereich der Kindertagesbetreuung aktiv sind. Das hat sich bewährt: die Reform des Kinderbildungs-Gesetzes (KiBiZ), mit der unter anderem der chronischen Unterfinanzierung in der Kindertagesbetreuung in NRW entgegengewirkt werden soll, konnte so besonders schlagkräftig und kritisch begleitet werden. Das Modell in NRW diente u.a. dem Paritätischen Brandenburg nach der Wende als Vorbild für seine Regionalbüros. Dort gibt es Landkreise von über 3000 Quadratkilometer, siebenmal so groß wie Bremen, aber dünn besiedelt. Die weiten Wege seien aber eigentlich kein Problem, wie Andreas Kaczynski, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes erläutert. Die hauptamtlichen Leiter*innen der insgesamt sechs Regionalbüros sichern den Informationsfluss von und in die Regionen. Die Mitgliederversammlung tagt jedes Mal an einem anderen Ort, damit nicht alle immer in die Landeshauptstadt Potsdam reisen müssen; und bereits vor Corona nutzte der Verband die Möglichkeit ortsungebundener Videokonferenzen. Auch in den anderen Landesverbänden sind die lokalen Mitgliedsorganisationen auf verschiedene Arten über Kreis- oder Bezirksgruppen eingebunden, nicht immer jedoch gibt es hauptamtliche Vertretungen oder Büros. In Baden-Württemberg sind die ehrenamtlichen Kreisvorstände Anlaufstelle für Mitgliedsorganisationen und vertreten diese auch in Gremien wie dem örtlichen Jugendhilfeausschuss.

Mitgliedsorganisationen als Problemradar

Der Kontakt zu den Mitgliedsorganisationen vor Ort ist wichtig, nicht nur, aber auch als „Problemradar“: Der Hilferuf aus Perleberg erreichte Andreas Kaczynski über das zuständige Regionalbüro. Die Insolvenzhilfe Prignitz, die Brandenburger*innen hilft, die in finanzielle Schieflage geraten sind, schlug Alarm. Durch die coronabedingten Einschränkungen war der Träger selbst in Existenznot geraten. Für die Finanzierung der Schuldner- und Insolvenzberatungsangebote sind in Brandenburg Kommunen und das Land in geteilter Verantwortung zuständig, abgerechnet wird nach Fallzahlen. Während des Lockdowns mussten Beratungsstellen teils schließen, Verfahren an den Gerichten blieben unbearbeitet, Banken hatten zu, Termine mussten verschoben werden. Alarmiert durch die Problemanzeige der lokalen Mitgliedsorganisation holte der Chef des Paritätischen Brandenburg die anderen Wohlfahrtsverbände mit ins Boot. Eine landesweite Abfrage bei den Schuldnerberatungsstellen ergab, dass es kein Einzelfall ist: die Einnahmen der 65 Insolvenzberatungsstellen unter dem Dach der Wohlfahrtsverbände in Brandenburg sind um mehr als 40 Prozent dramatisch eingebrochen. Die während Corona gewährten Mittel sind nicht kostendeckend, Personal- und Sachkosten fallen weiter an, und die Beratungsstellen können diese Lücke kaum überbrücken, zumal angesichts der sozialen Folgen der Krise mit steigendem Beratungsbedarf zu rechnen ist. Kaczynski suchte das Gespräch zur Politik, mit einer Online-Pressekonferenz brachte die Liga das Thema an die Öffentlichkeit, die Landesregierung wurde zum Handeln gezwungen.

Finanziell sieht es in Düsseldorf, einer nach wie vor wohlhabenden Stadt, ganz gut aus, doch auch Iris Bellstedt berichtet, dass die sozialen Folgen von Corona durchaus zu spüren sind. Auch in NRW merken die Schuldnerberatungsstellen, dass der Andrang zunimmt. Bisher sei es noch ein bisschen wie die „Ruhe vor dem Sturm“. Für manche soziale Einrichtungen, die wegen Corona vorübergehend schließen mussten, summieren sich die Einbußen bereits auf Beträge im sechsstelligen Bereich. Wenn die kommunalen Haushalte erst zusätzlich in finanzielle Bedrängnis kommen, drohen vielerorts handfeste Kürzungen, gerade bei den so ge-

nannten freiwilligen Leistungen. „Die Sorge ist sicherlich berechtigt, dass es düster aussieht, wenn den Kommunen die Gewerbeinnahmen wegbrechen und der Bund nicht einspringt“, glaubt Bellstedt. In Essen und anderen Städten gebe es ohnehin schon eine Haushaltssperre. Man kann gar nicht oft genug darauf aufmerksam machen, was es bedeutet für eine Kommune, wenn auch der letzte Jugendclub geschlossen wird.

Mühsame Verhandlungen

Die Sorge um eine auskömmliche Finanzierung im sozialen Bereich eint Paritätische Akteur*innen bundesweit. Die verbandliche Präsenz vor Ort und eine starke Interessenvertretung sind dabei ein zentrales Element, um mit den kommunalen Verhandlungspartnern auf Augenhöhe zu verhandeln. Und es ist kein leichter Job, Kommunalverwaltungen zu vermitteln, dass soziale Arbeit mehr ist als eine beliebige Dienstleistung, bürgerschaftliches Engagement das Rückgrat einer lebendigen Zivilgesellschaft und Vielfalt, auch was Konzepte und Träger angeht, ein Wert an sich, weiß Andreas Kaczynski zu berichten. Er beobachtet in Brandenburg, dass die Kommunen verstärkt danach streben, selbst als Anbieter sozialer Leistungen zu agieren, ein klarer Trend, soziale Daseinsvorsorge zu rekommunalisieren - „für unseren Geschmack deutlich zu viel. Das funktioniert dann nach dem Motto: „Wenn es nicht der Staat macht, dann muss es billiger sein, denn wenn es nicht billiger ist, kann es ja auch der Staat machen.“ Als neben der Diakonie größter Wohlfahrtsverband genießt der Paritätische in Brandenburg auch wegen seiner parteipolitischen Unabhängigkeit sehr gute Reputation und hat „politisches Gewicht“ auf Landesebene. Doch die „wirklich Mächtigen“ im Land seien die Landräte, die in Brandenburg für acht Jahre ins Hauptamt direkt von den Bürger*innen gewählt werden, wobei die Wahlbeteiligung häufig erschreckend niedrig ist. „Ministerpräsidenten und Landesregierungen kommen und gehen, aber die Landräte, die bleiben und dominieren die Politik oft über Jahre.“ Problematisch sei dabei vor allem die Haltung in vielen Kommunalverwaltungen: „Man spürt nachwievorn ein Beteiligungs- und Demokratiedefizit, es gibt kaum eine Wahrnehmung von Vielfalt als Wert, was Wohlfahrtspflege eigentlich ist und das Subsidiaritätsprinzip



bedeutet“, berichtet Kaczynski, der nicht müde wird, etwas an dieser Situation zu ändern. Auch Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Baden-Württemberg, kann von nervenzehrenden Aushandlungsprozessen berichten. Schon seit zweieinhalb Jahren verhandeln die Wohlfahrtsverbände im Ländle mit den Kommunen über die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Doch weil das Land kein besonders großes Interesse an Sozialpolitik zeige, sind auch die Kommunen zurückhaltend und die Verhandlungen gestalten sich mühsam und kompliziert. „Was die Wirtschaft mit einem Federstrich bekommt, bekommen wir wirklich erst mit hunderten von Sitzungen, Veranstaltungen und Hintergrundgesprächen und ganz viel Druck.“

Sichtbarkeit und Vernetzung

In Baden-Württemberg gibt es 44 Kreise und kreisfreie Städte. Dass man den Menschen aus dem Nachbardorf regelmäßig begegnet, ist keine Selbstverständlichkeit – manchmal liegt ein Berg im Weg, ein Wald oder der Neckar. Auch historische Gräben zerfurchen das Land: Es gibt Baden und es gibt Württemberg und das sind zwei Welten, wie Ursel Wolfgramm gelernt hat, seit sie 2015 aus Hamburg in den Süden kam, um die Leitung des Paritätischen Landesverbandes zu übernehmen. Der Paritätische ist als einziger Wohlfahrtsverband zentral für das gesamte Bundesland zuständig, was Vorteile hat: „In Baden ist die Caritas stärkster Verband, in Württemberg die Diakonie, die jeweiligen Untergliederungen sprechen nicht immer mit einer Stimme. Das führt dazu, dass der Paritätische landesweit relativ stark ist und auch in der Öffentlichkeit gut wahrgenommen wird, obwohl wir viel, viel kleiner sind“, berichtet Wolfgramm. In der Fläche dagegen war der Verband bisher wenig sichtbar. Das soll sich mit einem neuen Regionalkonzept jetzt ändern.

Die gemeinsame Vision, die in einem partizipativen Prozess auf mehreren Regionalkonferenzen von den Mitgliedsorganisationen entwickelt wurde, fasst Wolfgramm zusammen: „Das, was bei allen Konferenzen rauskam, waren der Wunsch nach mehr Sichtbarkeit des Verbandes in der Fläche und nach Synergien. Die Mitgliedsorganisationen wollen, dass der Paritätische auch ein Gesicht vor Ort hat, auch ein hauptamtliches Gesicht. Es geht um Kontinuität, weil das Ehrenamt ja auch wechselt, aber auch darum, dass man eine stärkere Vernetzung auf regionaler Ebene hinbekommt.“ Im vergangenen Jahr gründeten sich daher elf Regionalverbände, die durch hauptamtliche Regionalleiter*innen unterstützt werden und über ein Budget für eigene Maßnahmen verfügen. Das Ganze ist ein Experiment, die Sondierungs- und Verbundbildungsphase sei nicht unkompliziert gewesen, „aber am Ende haben alle ihre Partner gefunden und sind gut untergekommen“. Und es hat Dynamik im Süden entfacht: nach Ulm lud der Regionalverbund zum Sommer-Talk mit Kommunalpolitikern auf den historischen Marktplatz ein, Freiburg hat kürzlich eine Open-Air-Präsenz-Pressekonferenz unter Corona-Auflagen organisiert und auch die anderen Regionalverbände machen medial von sich Reden. Der Paritätische Baden-Württemberg unterstützt den Prozess unter anderem durch Fortbildungsangebote zu professioneller Gremienarbeit, Austauschformate wie einen neuen Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit oder auch durch die Erstellung von Materialien und Methodenkoffern, mit denen gute Praxiserfahrungen für alle aufbereitet und nutzbar gemacht werden.

Die Erfahrungen aus Pforzheim sind so ein Beispiel: Nachdem der Pforzheimer Gemeinderat 2017 bereits drastische Kürzungen des Sozialertrags beschlossen hatte, ist der Paritätische Kreisverband aktiv geworden, hat sich öffentlich gegen die Sparbeschlüsse positioniert, eine Mitgliederbefragung organisiert, Protest und Veranstaltungen mit Politiker*innen durchgeführt - und war erfolgreich. Die Kürzungen wurden zurückgenommen. „Die haben auch dokumentiert, wie sie vorgegangen und auf Bürgermeister zugegangen sind, wie sie einen Kreis von Mitstreitern gefunden haben. Zusammen entwickeln wir daraus jetzt einen Lobby-Leitfaden, der auch anderen in ähnlichen Situationen helfen kann“, kündigt Wolfgramm an. „Es geht auch darum, zu zeigen, dass es hier nie nur um Einzelpersonen geht, die Einzelinteressen vertreten, sondern dass unsere Mitglieder auch solidarisch sind, selbst wenn sie selber nicht betroffen sind oder auch vom Ergebnis nur zum Teil profitieren.“

SUBSIDIARITÄT UND VIELFALT

„Kommunalpolitik ist wichtig. Nirgends sonst sind politische Entscheidungen so direkt spürbar für die Menschen. Nirgends sonst können wir so direkt Einfluss nehmen“, mahnt der Paritätische Nordrhein-Westfalen in einem Aufruf zu den im September bevorstehenden Kommunalwahlen und ruft auf, verantwortungsbewusst zu wählen und sich stark zu machen für eine Lobby des Sozialen. Eigentlich war eine „Heimattour“ im Vorfeld der Wahlen geplant, in der es um die Themen Vielfalt, Heimat und Antirassismus gehen sollte. Dann kam Corona, die Veranstaltungen mussten abgesagt werden. Aber nichts tun ist keine Option für einen „Verband der Vielfalt“ und so wurden die sozialen Medien genutzt und natürlich die direkte Ansprache durch die Kreisgruppen vor Ort.

Die Vielzahl gerade auch kleiner Initiativen und Vereine prägen die Vielfalt, die den Paritätischen so besonders macht. Viele der Mitgliedsorganisationen werden vor Ort nicht unbedingt auf den ersten Blick mit dem Verband identifiziert, nicht alle haben ein Mitgliedschaftsschild über der Klingel. Und doch wirken sie an der verbandlichen Willensbildung mit, sind Innovatoren sozialer Arbeit und Teil einer lebendigen Zivilgesellschaft. Die Stärkung ebendieses bürgerschaftlichen Engagements bewegt den Paritätischen Brandenburg besonders. Regelmäßig veröffentlicht der Verband eigene Wahlaufträge und auch jenseits von Wahlen stehen Veranstaltungen mit Politiker*innen zum Thema Subsidiarität und der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für Demokratie und gute und innovative soziale Arbeit auf der Agenda. Gleich mit mehreren Projekten wie „InSchwung für Demokratie und Beteiligung“ oder dem Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung (KIJUB) engagiert sich der Landesverband gezielt für mehr Demokratie und konnte beispielsweise erreichen, dass eine Beteiligung von Jugendlichen in Kommunalparlamenten inzwischen sichergestellt ist, worauf Andreas Kazcynski nicht ohne Stolz verweist. Er ist sich sicher: „Kaum etwas macht eine Stadt, einen Ortsteil lebendiger und lebenswerter als aktive Bürgerinnen und Bürger.“

Gwendolyn Stilling

„FÜR JEDES PROBLEM GIBT ES EINE LÖSUNG“

Verein an der Müritz macht Senioren fit fürs Internet

„Für jedes Problem gibt es eine Lösung“, sagt Klaus Heidrich (Bild unten) optimistisch und blickt durch seine schmale Brille auf den Bildschirm seines Computers ins World Wide Web. Das Internet eröffnet dem 69-jährigen und seinem Verein Humanitas Müritz e.V. seit vielen Jahren unbegrenzte Möglichkeiten – unbegrenzte Möglichkeiten der Teilhabe. Man müsse sie nur nutzen, meint der Vereinsvorsitzende.



Der Verein Humanitas-Müritz setzt sich nicht nur für digitale Medien ein, sondern in erster Linie für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen. In einem alten Gutshaus im idyllisch gelegenen Örtchen Neu Schloen an der Mecklenburgischen Seenplatte hat der Verein seinen Sitz. Hier, in dem 500-Seelen-Dorf, hat Heidrich sein Computerkabinett eingerichtet. „Wir waren hier ja quasi eingeschlossen“, meint der Vorsitzende des Vereins lächelnd. „Um soziale und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen, speziell in einer strukturschwachen Region in Mecklenburg-Vorpommern, zu ermöglichen, wollten wir bei unserer Vereinsgründung 2009 bewusst die digitalen Medien in den Vordergrund stellen“, erzählt er. „Und die einzige Möglichkeit, mit der Welt in Verbindung zu treten, war das Internet.“

Preisgekrönt beim Thema Digitalisierung und Alter

Das Internet bietet älteren Menschen zahlreiche Chancen, doch vielen fällt der Einstieg in die digitale Welt schwer. Ihnen den Umgang mit digitalen Medien nahe zu bringen ist Heidrichs Bestimmung. Das macht er mit großer Motivation, viel Energie, Enthusiasmus und vor allem mit Erfolg und preisgekrönt. Er gründete die „Schloener Online Fuchse“. Sein Vorzeigeprojekt. Die Schloener Online Fuchse sind Leuchtturm der BAGSO 2018, Preisträger des Goldenen Internetpreises 2017 und der Google Impact Challenge 2016. Seit 2010 treffen sich Menschen zwischen 50 und über 90 Jahren mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen jeden Mittwoch von 9 bis 12 Uhr im Gutshaus, um sich in der digitalen Welt weiterzubilden und zu bestimmten Themen auszutauschen. Wo kann ich online einkaufen, wenn ich nicht mobil bin? Woher bekomme ich eine Fahrkarte, wenn im Ort



kein Automat vorhanden ist? „Viele unserer Teilnehmer sind gesundheitlich eingeschränkt. Durch die Treffen in der Gruppe und mit Hilfe der digitalen Möglichkeiten kommen sie ein Stück aus ihrer Einsamkeit heraus und erfahren neue Lebensfreude“, so Heidrich, der die Treffen leitet. Wichtig sei die Freude an den digitalen Medien. „Wir wollen keine Spezialisten ausbilden, aber die Möglichkeit anbieten, die digitalen Medien zu nutzen, um den Alltag zu erleichtern.“

Endlich schnelles Internet

Die Online-Füchse bringen ihre eigene Technik mit. Doch um diese alle ans Netz zu kriegen, war es ein langer Weg, erzählt der Vereinsvorsitzende. Sein Kampf um schnelles Internet in Neu Schloen dauerte rund drei Jahre. In allen Haushalten der Gemeinde habe er Unterschriften gesammelt. „Weil alle mitgemacht haben und zusammenhalten, haben wir jetzt schnelles Internet“, berichtet Heidrich stolz. Solidarität sei eben wichtig, auch in der Gruppe der Online Füchse. „Wenn jemand ein Problem hat, fragt er die Gruppe. Irgendeiner kann immer helfen.“ Wenn das Problem zu groß sei, hole man sich online professionelle Hilfe vom Projekt „Digital-Kompass“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO). Diese vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland und unterstützt IT-Projekte mit dem Ziel, digitale Medien und ältere Menschen zusammenzubringen. Auch die Online Füchse werden durch das Projekt gefördert.

Ein Segen in Corona-Zeiten

In der Durchführung von Videokonferenzen sind sie fit, die Füchse aus Neu Schloen. Neben ihren Treffen am Mittwoch finden noch zahlreiche digitale Lernangebote statt, Stammtische zum Beispiel zu bestimmten Themen, wie Fragen rund um den Verbraucherschutz im Internet. „Die Anfänger kommen montags, freitags bieten wir eine Tablettschulung. Die bietet der Verein auch in Pflegeheimen an. „Gerade in den Wochen des coronabedingten Lockdowns war das ein Segen für die Bewohner und ihren Angehörigen, dass sie online Kontakt halten konnten“, so

Heidrich. Auch die Beratungen, die der Verein anbietet, können in Krisenzeiten stets online durchgeführt werden.

Jeden letzten Mittwoch im Monat werden neue Interessenten zu einem gemeinsamen Frühstück eingeladen. Hier würden auch neue Ideen entwickelt für die Zukunft der Online Füchse. Denn das Projekt läuft Ende 2021 aus. Heidrich ist optimistisch, dass es weitergeht. „Wir haben mit dem Internet die ganze Welt zur Verfügung und würden gerne noch viele weitere ältere Menschen auf dem Weg in die digitale Welt begleiten und auf diese Weise auch einfach Kontakt halten auf dem Land.“

Die 100 Mbit/s Verbindung für eine bessere Vernetzung hat er nicht nur für seine Senior*innen erkämpft, sondern für eine ganze Gemeinde: Neu-Schloen ist der einzige Ort weit und breit mit einem schnellen Internetanschluss und zieht damit Menschen aus dem gesamten Umland an. Entgegen dem allgemeinen Trend der Abwanderung finde hier Zuwanderung statt, freut sich Heidrich.

Doch was dem Verein fehlt, sind Mitstreiter. Ehrenamtliche, die die Schloener Online-Füchse dabei unterstützen, die Angebote durchzuführen. Und natürlich finanzielle Unterstützung. Doch Klaus Heidrich ist ein Macher und Netzwerker. Er hat viel geschafft für den Verein und die Region. Seine Online-Füchse sind längst über die Mecklenburger Seenplatte hinaus bekannt. Er wird dafür sorgen, dass sich noch viele ältere Menschen im ländlichen Raum begegnen, im Gutshaus oder digital. Denn für jedes Problem gibt es eine Lösung.

Stephanie Böskens,
Der Paritätische Mecklenburg-Vorpommern

KONTAKT ZUM VEREIN

Ansprechpartner Klaus Heidrich
Humanitas-Müritz e.V.
Gutshaus 1a
17192 Neu Schloen
Telefon: 039934 149835

SOZIALE INFRASTRUKTUR VOR ORT: KÜRZUNGEN KÖNNEN WIR UNS NICHT LEISTEN!



Das Grundgesetz postuliert „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in ganz Deutschland. Die Realität dagegen ist eine andere. Auch der Paritätische belegt das immer wieder, in seinen regionalen Armutsberichten oder in Expertisen seiner Forschungsstelle. In den über 11.000 Gemeinden Deutschlands bestehen ganz unterschiedliche Rahmenbedingungen und Möglichkeiten, das Zusammenleben vor Ort zu gestalten. Mit der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen besteht die akute Gefahr, dass die Ungleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weiter wächst und der soziale Zusammenhalt gleichzeitig abnimmt. Dazu darf es nicht kommen, im Gegenteil: Wir brauchen mehr Zusammenhalt durch gleichwertige Lebensverhältnisse.

Die Bedeutung der kommunalen Ebene wird immer noch unterschätzt. Die „große“ Politik bestimmt die Grundsätze der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik, deren Umsetzung dagegen prägen die Gemeinden. Sie verfügen dabei über unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten: Fast ein Viertel der Kommunen sind überschuldet, mit – schon vor Corona – über 42 Milliarden Euro. Nicht mitgerechnet sind dabei unterlassene Investitionen: Noch vor 15 Jahren war die Infrastrukturplanung für 2020 auf 75 Millionen Menschen ausgerichtet, tatsächlich sind es heute acht Millionen Menschen mehr, sehr ungleich verteilt: Wir müssen investieren!

Wer bestellt, bezahlt!

Wie schaffen wir neue Handlungsmöglichkeiten? Auf Bundesebene streiten wir für eine Reduzierung der Altschulden der Kommunen, die häufig in einer Abwärtsspirale aus Sparmaßnahmen und Investitionsmängeln gefangen sind. Nirgends wird das deutlicher als an den Orten, die nicht einmal mehr genug personelle Ressourcen haben, um bereitstehende Mittel auch nur abzurufen. Davon ausgehend, müssen die föderalen Finanzbeziehungen künftig die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden besser berücksichtigen. Das Konnexitätsprinzip, nachdem der, der bestellt, auch die Rechnung zahlt, muss zur Regel werden. Das scheitert derzeit noch zu häufig daran, dass der Finanzföderalismus eine direkte Finanzierung kommunaler Ausgaben durch den Bund verhindert. Und wir brauchen massi-

ve Investitionen in die sogenannten strukturschwachen Räume, in denen ein Mindestmaß an sozialer Infrastruktur garantiert werden muss. Ein Beispiel: Vor gut einem Jahr forderte die Bertelsmann Stiftung noch, die Zahl der Krankenhäuser in der Fläche von 1.400 auf 600 zu reduzieren. Diese Forderung ist angesichts der Corona-Pandemie sehr schlecht/schnell gealtert. Nicht nur waren die Krankenhäuser in der Versorgung gefordert, sie waren und sind auch immer soziale Stabilitätsanker. Wo dagegen Infrastruktur aufgegeben und beispielsweise Kinderstationen geschlossen werden, sterben auch die Zukunftsperspektiven einer Region.

Systemrelevant, aber nicht immer unterstützenswert

Investitionen sind teuer, unterlassene Investitionen in die soziale Infrastruktur, die Daseinsvorsorge im weitesten Sinn, kommen einer Kommune aber regelmäßig teurer zu stehen. Und obwohl das kaum jemand ernsthaft bestreiten würde, prägt kurzfristige Sparpolitik häufig das Handeln der Gemeinden. Warum ist das so? Es ist ein wenig wie beim Zähneputzen: Es lohnt sich, mehrmals täglich Zeit darin zu investieren, und doch wird man nie sehen, wieviel Karies man deshalb nicht bekommen hat, dennoch ist es wichtig. Übertragen auf die kommunale Politik bedeutet das, dass soziale Einrichtungen und Dienste gerade jetzt gefordert sind, deutlich zu machen, dass das Soziale das Zusammenleben in der Kommune maßgeblich prägt, als Lebens- und Wirtschaftsstandort. Die Corona-Krise hat dabei gezeigt, dass soziale Dienste zwar gerne als systemrelevant bezeichnet, aber nicht entsprechend unterstützt werden. Das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) ist eine wichtige Unterstützung, es musste aber auch mühsam erstritten werden und enthält Bedingungen und Verpflichtungen, die anderen Akteuren nicht abgefordert werden. Hier müssen wir an einem Bewusstseinswandel arbeiten, auch vor Ort. Wem vor Corona noch nicht bewusst war, dass Arbeiten und Wirtschaften wesentlich davon abhängig ist, dass die sozialen Dienste mit ihrer Arbeit die soziale Daseinsvorsorge sichern, dem ist es jetzt nur zu bewusst. Wir haben gute Argumente, zusammen mit anderen Partnern vor Ort deutlich zu machen: Investitionen ins Soziale sind nötig, Kürzungen dagegen können wir uns nicht leisten.

Dr. Joachim Rock ist Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband

DREI FRAGEN AN ANTJE LUDWIG, REFERENTIN BEIM PARITÄTISCHEN SACHSEN-ANHALT

Wer ländlich oder in dünn besiedelten Gebieten wohnt und Arbeit sucht, hat es schwerer als Großstädter und zieht oft weg. 80 Prozent der Sachsen-Anhaltiner*innen wohnen abseits der Städte. Daher trifft dieses Bundesland das Phänomen der Landflucht besonders schlimm. Expert*innen des ifo-Institutes prognostizieren, dass das Bundesland bis 2030 weniger Einwohner*innen als zuletzt 1871 haben wird.

Antje Ludwig ist Referentin Landesgeschäftsführung und Vorstand und beschäftigt sich seit langem mit den Phänomenen von Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten. Sie erklärt, was der Paritätische für Betroffene tut.

Frau Ludwig, ein Phänomen, über das immer wieder berichtet wird, ist die Landflucht. Junge Menschen ziehen in die Städte zum Arbeiten. Beobachten Sie das auch?

Grundsätzlich kann ich diese Entwicklung für Sachsen-Anhalt natürlich auch bestätigen. Wir haben großflächig ausgedünnte Regionen, in denen die Infrastruktur den Bedürfnissen gerade junger Menschen nicht mehr gerecht wird. U.a. der mangelnde Breitbandausbau für stabiles Internet, die unzureichende Anbindung an den ÖPNV und die vermeintlich geringen Ausbildungs- und Erwerbschancen führen dazu, dass junge Menschen wegziehen - leider auch immer noch außerhalb unserer Landesgrenzen. Erfreulicherweise stellen wir mittlerweile aber auch fest, dass ein Teil wieder zurückkehrt. Ich führe dies auch auf die besonderen Anstrengungen zurück, die Kommunen, ansässige Klein- und mittelständische Unternehmen - aber auch wir als Sozialwirtschaft in den letzten Jahren unternommen haben, um vergleichbare Lebensbedingungen in ländlichen Regionen zu sichern und langfristige Erwerbschancen zu eröffnen.

Der Paritätische ist ja keine Arbeitsvermittlungagentur. Wie helfen Sie?

Unser Ansatz ist eine frühzeitige Berufsorientierung, bei der junge Menschen entsprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen einen Einblick in die Berufswelt bekommen. Dazu bieten unsere Jugendhelfer*innen unter dem Dach des Paritätischen Jugendwerkes entsprechende Workshops in Zusammenarbeit mit Schulen an. Ziel ist, neben dem Herausarbeiten individueller Kompetenzen auch weniger bekannte Berufsfelder zu eröffnen. Immer mehr Paritätische Einrichtungen auf dem Land ermöglichen Praktika z.B. in Kitas, Pflegeeinrichtungen und bei anderen sozialen Diensten. Sie bieten attraktive Ausbildungsbedingungen mit der Finanzierung des Führerscheins, Tickets für den ÖPNV und helfen bei der Wohnraumsuche. Wir unterstützen aber auch örtli-



che Unternehmen, in dem wir im Rahmen der sog. „Auftragsausbildung“ ihre zukünftigen Fachkräfte ausbilden und sie damit im Geschäftsalltag entlasten. Damit können wir einen wesentlichen Beitrag zum langfristigen Überleben kleinerer Unternehmen leisten, die häufig durch Fachkräftemangel in ihrer Existenz bedroht sind. Wir setzen auf regionale Partnerschaften von Paritätischen Organisationen mit Betrieben, Handel und Gewerbe, die u.a. von unseren Regionalleiter*innen initiiert und gepflegt werden. Aber auch Verbundsysteme sozialer Einrichtungen untereinander tragen wesentlich zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in ländlichen Regionen bei.

Im Umfeld vieler Großstädte gibt es den Trend, wieder verstärkt ins Umland zu ziehen, um Hektik und auch steigenden Mieten und Immobilienpreisen zu entfliehen. Chancen und Verlagerung des Problems aus ihrer Sicht?

Darin sehe ich tatsächlich eine große Chance. Nicht nur für diejenigen die zurückkehren, sondern auch für die zunehmende Gruppe junger Menschen, die die Vorteile günstigen Wohnraums, der Nähe zur Natur und auch einer häufig unterschätzten dörflichen Gemeinschaft für sich erkannt haben. Ehrenamtliches Engagement wird hier groß geschrieben z. B. in Sportvereinen, der Freiwilligen Feuerwehr oder in Bürgertreffs. Sicher klingt das alles etwas klischeehaft, aber es gibt eine Rückbesinnung auf die Ressourcen des ländlichen Raumes und dessen besondere Lebensqualität. Natürlich gelingt dies alles nicht, wenn Menschen in der neuen Siedlung am Dorfrand unter sich bleiben. Hier leisten soziale Einrichtungen z.B. Kitas einen großen integrativen Beitrag - sie sind die wesentlichen Orte der Begegnung, des Austausches und schaffen Gemeinschaftsleben. Und sie sind häufig einer der wenigen Arbeitgeber im Ort.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

OHNE AUTO NICHTS LOS

In ländlichen Strukturen hängt die Auswahl der Arbeit auch davon ab, ob man sie örtlich erreichen kann. Die INI in Lippstadt und die Losheimer Arbeitsmarktininitative schaffen als gemeinnützige Vereine Perspektiven für Arbeitslose im ländlichen Raum. Hier weiß man: Jobsuchende haben es in ländlichen Strukturen nicht leicht.

Aylin hat mit ihren 22 Jahren schon einiges ausprobiert. Ihre Ausbildung in Paderborn zur Kinderpflegerin hat sie abgebrochen, nach einem FSJ wohnte sie in Geseke im Kreis Lippstadt und bekam einen Schulplatz für eine Ausbildung zur Altenpflegerin. Da hatte sie keine Möglichkeit mit dem Bus hin zu kommen. Nach einer weiteren abgebrochenen Ausbildung absolvierte die junge Frau eine berufsvorbereitende Maßnahme in Lippstadt bei der Initiative für Jugendhilfe, Bildung und Arbeit (INI). Hierüber entschied sie sich auch zu einer Ausbildung zur Restaurantfachfrau. Später plagten die junge Frau erneut Zweifel: „Eigentlich wollte ich abbrechen, aber ich wurde überredet“, sagt sie. Eine Lehrkraft bestärkte sie dabei, durchzuhalten.

Beratung und lernen in einem Verbund: „Wir haben die INI für uns als Verbundsystem ausgebaut“, verrät dazu Geschäftsführer Andreas Knapp. Bei dem gemeinnützigen Verein gibt es viele Angebote, um Perspektiven zu schaffen, sodass ein junger Mensch langfristig betreut wird und Schritte von Beratung über Schulabschluss sowie Ausbildung in einer Institution absolvieren kann. Die Betreuung ist so ganzheitlicher. Und Menschen wie Aylin werden vielleicht nochmal aufgefangen, bevor sie „hinschmeißen“. So wie andere Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf.

Der gemeinnützige Verein sei 1983 für den Zweck entstanden, jugendlicher Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Damals habe die

Arbeitslosigkeit von jungen Menschen im zweistelligen Bereich gelegen, so Knapp. Es folgten verschiedene Bezeichnungen der Arbeitsämter und Fördermittel, unterschiedliche Maßnahmenpakete kamen, wie die Förderung von Second-Hand-Läden und Möbelkammern. Andere Maßnahmen und Förderungen wurden eingestellt. Generell würden sich laut Knapp die Maßnahmen des Jobcenter für ländlichen Raum nicht von jenen in städtischen Ballungsgebieten unterscheiden. Nur gebe es auf dem Land die Problematik, dass Angebote manchmal aufgrund von einer zu geringen Teilnehmerzahl nicht stattfinden könnten.

Arbeitslose sind auf dem Land mehr stigmatisiert

Bei der INI arbeiten mittlerweile 450 Mitarbeiter, 100 davon sind Menschen mit Beeinträchtigungen. Kindergärten, Schulen und verschiedene Geschäfte über einen Radreparaturladen bis hin zum Gutshof Warstein gehören zur INI sowie Beratungsangebote und Jugendsozialarbeit. Ein Berufskolleg mit 600 Schüler*innen ist in dem Gebäudekomplex in Lippstadt integriert, sowie das Veranstaltungsgebäude „Casino“, wo Aylin arbeitet. Dabei kommen viele der Mitarbeiter oder Schüler aus dem ländlich geprägten Umkreis. Patrick (28) arbeitet in der Küche des Casinos. Sein Heimatdorf hat knapp 1000 Einwohner*innen. „Man muss in die Städte rein, um eine Ausbildung zu bekommen“, sagt er. Schwierig sei dabei: Gerade im Veranstaltungsbereich hat man Feierabend, wenn andere schlafen. Der öffentliche Nahverkehr sei für solche Menschen nicht ausreichend. Patrick braucht ein Auto. Und Aylin? „Ich werde dann abgeholt“, verrät sie. Zu regulären Uhrzeiten fährt die 22-Jährige sonst eine Stunde mit Bus und Bahn zur Arbeit, wobei sie mit dem Auto nur 20 Minuten bräuchte. Das ärgert sie.

Die Jobangebote treiben die Menschen aus ihren Orten heraus, wobei der ÖPNV nicht genügend Verbindungen bereitstelle. Das weiß auch Geschäftsführer Andreas Knapp. „Wir haben im ländlichen Raum die Schwierigkeiten, dass die Menschen nicht wissen, wie sie hier hinkommen sollen.“ Es gebe Ortschaften, in denen „nur zwei Mal am Tag ein Bus fährt“. Etwas besser sei es geworden, so gebe es mittlerweile sogar zwei Haltestellen mit dem Namen der INI vor der Haustüre, dennoch gebe es noch großen Verbesserungsbedarf. Dies sei ein entschiedener Nachteil des Wohnens in ländlichen Strukturen. Ein anderer Nachteil sei auf-



Zu Zeiten von Corona ist im Veranstaltungsraum Casino weniger los, da hilft Aylin (Mitte) auch mal in der Küche aus.

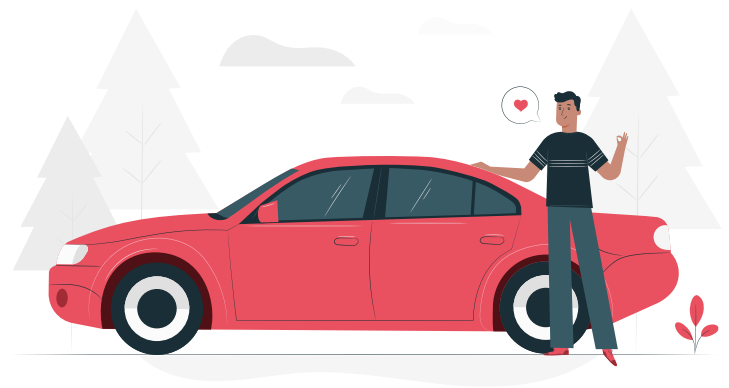
grund von fehlender Anonymität zudem die Stigmatisierung von Arbeitslosen. Knapp sieht aber auch viele Vorteile beim Leben auf dem Land: wie dem günstigeren Wohnungsmarkt oder die schöne Landschaft.

Kurze Wege und lange Betreuungszeiten sind ein Vorteil

Weiter südlich in Deutschland, in Losheim in Saarland, kennt Werner Staub von der Arbeitsmarktinitiative die Begebenheiten für Arbeitslose fernab von Städten sehr gut. „Einige Menschen kommen zu uns und fragen, hast du nicht einen Job für mich, mir fällt die Decke auf den Kopf“, berichtet der Sozialarbeiter. Schließlich fällt auf dem Land noch mehr ins Gewicht, dass man keine Beschäftigung hat. Es ist einfach weniger los.

1995 wurde der Verein Losheimer Arbeitsmarktinitiative wegen der Auflösung einer Großfirma mit Fertighausproduktion gegründet. Zudem forderte der damalige, sozial ausgerichtete Bürgermeister, eine Initiative für Arbeitslose zu gründen. Zunächst entstand unter anderem ein touristisches Projekt für eine Ferienwohnungssiedlung in ökologischer Bauweise am örtlichen Stausee – fachlich passend für ehemalige Mitarbeiter*innen der Fertighausfirma, aber auch Secondhandläden sowie Möbelkammern. In Reaktion auf den Flüchtlingsstrom 2015 habe man kurzerhand 30 Leute über eine neue Näherei beschäftigen können, erinnert sich Staub. Heute gibt es neben Sozialkaufhäusern, Secondhand-Läden und Möbelkammern (und vieles mehr) auch eine Metallwerkstatt.

Staub sieht einen entschiedenen Vorteil seiner Arbeit auf dem Land, den städtische Kollegen vielleicht nicht haben: Die Mitarbeiter der Arbeitsmarktinitiative kennen die Mitarbeiter vom Jobcenter, die örtlichen Arbeitgeber sowie ihre Klienten über Jahre hinweg. „Wir können auf die Personen die Maßnahmen zuschneiden und wissen, wie die Leute stabilisiert werden müssen“, meint der Sozialarbeiter. So könnten einzelne Klienten lang-



fristig betreut werden, auch bei kurzfristigen Anstellungen gebe es Nachbetreuungen. Andersherum vertrauen Arbeitgeber auf seine Empfehlungen.

Corona: Viele Auszubildende im Gastronomiegewerbe haben Angst um Perspektiven

Jetzt in der Corona-Krise sei die Arbeitslosenquote in Losheim leicht angestiegen, weiß Staub. In Lippstadt bei der INI hat Geschäftsführer Knapp im Shutdown Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken müssen. Aylin ist als Azubine im Veranstaltungsbetrieb ebenfalls betroffen. Einige ihrer Mitschüler*innen brechen nun die Ausbildung ab, weil sie aufgrund von Corona und der wegbrechenden Betriebe keine Zukunft in der Branche sehen. „Wäre das mein erstes Jahr, würde ich auch aufhören“, sagt Aylin. Jetzt, im dritten Jahr, zieht sie durch, obwohl die 22-jährige Angst vor fehlenden Jobperspektiven hat. Die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ist zwar relativ gering, sagt Knapp, aber sie steigt. Gerade in Zeiten von Corona hätten die jungen Menschen Schwierigkeiten bei der Jobsuche, die oftmals über Zeitarbeitsfirmen an ihre Ausbildungen gelangten.

Annabell Fugmann



Wegen der Krise in Kurzarbeit (v.l.): Luigi, Patrick und Aylin

WEITERE INFORMATIONEN

Ini Lippstadt:

www.ini.de

Losheimer Arbeitsmarktinitiative e. V.:

www.lai-losheim.de

DREI FRAGEN AN ALEXANDERS ELBERS, FACHREFERENT SCHULDNER*INNENBERATUNG BEIM PARITÄTISCHEN NORDRHEIN-WESTFALEN

In NRW ist jede zehnte Person überschuldet. Während Schulden früher hauptsächlich ein Problem der unteren Einkommens- und Bildungsschichten war, ist es inzwischen in der Mittelschicht angekommen. Menschen, die überschuldet oder anderweitig in finanzielle Not geraten sind, finden Beratung und Begleitung in Schuldner*innenberatungsstellen und staatlich anerkannten Insolvenzberatungsstellen. Doch sie sieht die Versorgung in eher ländlichen Gebieten aus? Wir fragten nach bei Alexander Elbers in NRW.

Herr Elbers, beobachten Sie ein Stadt-Land-Gefälle bei der Überschuldung?

Sind Städter anfälliger für Shopping-Touren, weil sie die Läden vor der Tür haben? Wenn man sich Untersuchungen dazu wie z.B. den Schuldneratlas der Fa. Creditreform anschaut sind die Überschuldungszahlen in Ballungszentren oftmals höher. Insofern kann schon von einem Stadt-Land-Gefälle gesprochen werden. Von einer größeren Anfälligkeit würde ich allerdings nicht sprechen wollen. Wir leben in einer Konsumgesellschaft. Das Schuldenmachen gehört dazu und ist gesellschaftlich gewünscht. Bargeldlose Zahlungsverkehre gehören ebenso wie Dispositions- und Konsumentenkredite zum Alltag. Verschuldung und damit auch Überschuldung ist ebenso strukturell in unserer Gesellschaft verankert wie der Unfall im Straßenverkehr.

In die Schuldenfalle kann man/frau schnell hineingeraten. Durch Wechselfälle des Lebens wie Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Scheidung, Trennung, Familienzuwachs können bis dahin stabile oder vielleicht auch nur stabil erscheinende Systeme zum Einsturz kommen. Aus einer gesellschaftlich gewünschten Verschuldungslage geraten Betroffene so ganz schnell in eine Überschuldungssituation, die ohne Hilfe oftmals nicht zu bewältigen ist. Die Berichte der Schuldnerberatungsstellen und auch die regelmäßig vorgelegten Studien vom Institut für Finanzdienstleistungen (IFF) oder der Fa. Creditreform belegen, dass Arbeitslosigkeit, Scheidung, Trennung die Hauptauslöser von Überschuldung sind.

Ist Diskretion auf dem Dorf noch wichtiger? Dort bekommt man ja eher etwas mit und kennt seine Nachbar*innen in der Regel noch.

Diskretion ist in der Schuldnerberatung sehr wichtig. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit ist einer der zentralen Grundsätze der Schuldnerberatung. Überschuldung wird immer noch als persönliches Versagen betrachtet und ist mit einem Makel



behaftet. Dies hat auch etwas damit zu tun, dass in unserer Gesellschaft über Geld wenig gesprochen wird. Dies gilt erst recht für Schulden. Insbesondere in kleinen Gebietskörperschaften wird Überschuldung eher als Makel wahrgenommen als in Ballungszentren. Dies zeigt auch darin, dass manche Schuldner*innen lieber den Weg in die nächste (größere) Stadt suchen als zur Schuldnerberatungsstelle vor Ort zu gehen.

Wie hilft der Paritätische überschuldeten Menschen jenseits der Metropolen?

Schuldnerberatungsstellen des Paritätischen sind i.d.R. in Trägerschaft der rechtlich eigenständigen Mitgliedsorganisationen. Eine Übersicht über diese Angebote gibt es über die einzelnen Landesverbände des Paritätischen. Wohnortnahe Beratungsdienste können insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen nicht immer angeboten werden. Dies trifft auch auf das Angebot der Schuldnerberatung zu. Für Überschuldete bedeutet dies, u.U. längere Anfahrtswege in Kauf nehmen zu müssen. Viele Schuldnerberatungsstellen haben zudem das Problem, dass die Beratungsleistung Schuldnerberatung nur für bestimmte Personengruppen finanziert wird.

Die Soziale Schuldnerberatung sieht sich daher in wachsendem Maße herausgefordert, Überschuldeten einen niedrighschwelligeren Zugang zu (unabhängiger) persönlicher Beratung zu verschaffen. Dazu können auch Veränderungen in der Organisation des Beratungsangebots gehören wie z.B. Hausbesuche oder die Nutzbarmachung digitaler Angebote.

Erforderlich ist offener Zugang zur Schuldnerberatung für alle. Der Paritätische fordert daher gemeinsam mit den anderen Schuldnerberatungsverbänden einen allgemeinen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung für alle Überschuldeten.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

FELDER, WALD UND DROGENKONSUM

In der öffentlichen Wahrnehmung sind Drogen ein Thema in den Städten, fast immer mit sozialem Elend verbunden. Die Junkies am Kottbusser Tor oder am Frankfurter Hauptbahnhof sind weiterhin beliebtes Ziel von TV-Kameras. Selten fahren die Fernsehteams raus auf's Land. Aber auch dort gibt es Konsument*innen von Substanzen – und es gibt dort auch Hilfe. Dr. Dirk Kratz ist Geschäftsführer des Therapiezentrums Ludwigsmühle im kleinen Ort Lustadt und erzählt von seiner Arbeit.

Die Ludwigsmühle bietet verschiedene Angebote für Drogensüchtige: Arbeitsmarktintegration, stationäre und ambulante Drogen-Reha. Die Klientinnen und Klienten kommen aus den Suchtberatungsstellen und werden dann in Einrichtungen wie diese vermittelt. Wenn jemand eine Entgiftung macht, kann er oder sie auch direkt in die Reha vermittelt werden. Ein Programmangebot nennt sich „Therapie statt Strafe“ und beinhaltet das Angebot, einen Teil der Haftstrafe in der Drogen-Rehabilitation zu verbringen. Diese Menschen kommen unmittelbar aus einer Justizvollzugsanstalt. „Viele haben die Vorstellung von zugeballerten Stars, die dann in die Betty Ford-Klinik kommen. Ganz so ist es nicht“, lacht Dirk Kratz (Bild unten).

Die Therapiemühle Ludwigsburg hat einen ihrer Standpunkte in Lustadt, einem 3000-Seelen-Dorf in Rheinland-Pfalz. „Dass Suchthilfeeinrichtungen in einem eher ländlichen Umfeld aufgebaut wurden, hat historische Gründe“, erklärt Dirk Kratz: „Die Therapeutinnen und Therapeuten dachten sich wohl, dass man aus der Großstadt wegmüsse.“ Suchttherapie findet nicht selten auf alten Bauernhöfen fernab der urbanen Umschlagplätze statt, wo die Klient*innen stärker zu sich finden können. Durch diese „positive Isolation“, wie Dr. Kratz es nennt – und betont, dass dies kein Fachbegriff sei – entstünde eine Art kleines Ökosystem und eine Gemeinschaft. Der Nachteil der Lage sei allerdings, dass sowohl verkehrs- und digitale Infrastruktur immer noch zu wünschen übrig ließen. Vor der Ludwigsmühle gebe es noch nicht



einmal eine Bushaltestelle. Gemeinsame Ausflüge oder auch individuelle Eingliederungserfahrungen in der Stadt zu sammeln, ist schwierig. „Hier läuft man zwei, drei Kilometer ins Dorf und dann hat man dort den Edeka. Das ist nicht das gleiche“, erklärt Herr Kratz.

Verschiedene Angebote in der Ludwigsmühle

Eigentlich kommt Kratz aus dem Raum Saarbrücken, er studierte und promovierte in München. Seine Promotion beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit. In den folgenden Jahren wechselte er immer mal wieder zwischen sozialpädagogischer Praxis und Hochschule. Seit Oktober 2019 alleiniger Geschäftsführer der Ludwigsmühle.

Verkürzt gesagt ist die Rehabilitation eine Entwöhnungsbehandlung, die nach der Entgiftung, dem eigentlichen Drogenentzug, kommt. In der Ludwigsmühle wird eine Psychotherapie und eine medizinische Behandlung angeboten, ergänzt durch Beschäftigungsbehandlung wie Arbeitsmaßnahmen, die im optimalen Fall wieder eine reguläre Beschäftigung werden. Die meisten Menschen, die in die Ludwigsmühle kommen, sind Ende 20 bis Anfang 30 und konsumieren bereits seit 10 bis 15 Jahren, erklärt Dirk Kratz. „Damit haben sie auch die institutionell wichtigen Jahre für die Berufsausbildung verpasst oder auf Drogen erlebt.“ Die Aufgabe der Therapeutinnen und Therapeuten in der Ludwigsmühle ist es nun, die noch jungen Menschen im besten Fall auf 30 Jahre Berufstätigkeit vorzubereiten.

Ein weiteres Angebot des Trägers ist die Villa Maria, speziell für drogensüchtige Eltern, die mit ihren Kindern in die Einrichtung kommen, eine Mischung aus Jugendhilfe für die Kinder und Suchthilfe für die Eltern. Hier verbindet Dirk Kratz eine besondere Erinnerung: Ein alleinerziehender Vater erzählte im hauseigenen Podcast „Freiheit ohne Sucht“ (siehe Kasten S. 14), was es für seine Kinder bedeutet, mit einem süchtigen Vater groß zu werden. Der Klient schrieb auch einen kurzen Rap darüber, und zwar aus der Sicht der Kinder. Das rappen hatte auch eine therapeutische Wirkung. „Das hat mich schon beeindruckt, wie er mit seiner Erkrankung umgegangen ist.“



Kein ruhiges Hinterland für Drogen

Arbeit mit Drogenkonsument*innen auf dem Land unterscheidet sich durch die in der Stadt. In den Großstädten gibt es niedrigschwellige Angebote wie sog. „Fixerstuben“ und Beratungsstellen. Im ländlichen Gebiet findet man derartige Einrichtungen selten. Medienberichte der letzten Jahre sprechen immer wieder (teils dramatisiert) von Crystal Meth-Konsum im tschechischen Grenzgebiet. Nahe der Ludwigsmühle scheint das kein großes Thema zu sein. Er sieht andere Probleme in der Region: „Hier in der Nähe in Germersheim hat man mehrfach gehört, dass es ein Umschlagplatz für Amphetamine sei.“ Dort wurden Lager mit Drogen wie Spice gefunden, erzählt er. Ein ruhiges Hinterland für Drogen gibt es nicht. „Wir stellen aber auch fest, dass sich heutzutage durch die Digitalisierung das Stadt-Land-Gefälle immer mehr auflöst.“ Man muss nicht mehr am Hauptbahnhof Drogen einkaufen, heute würde viel über das Internet verkauft – und von überall verschickt oder sogar geliefert: „Wer auf dem Land wohnt und Drogen braucht, bekommt sie auch“, so Kratz.

In Landau, so berichtet Dirk Kratz, gab es auch einmal den letztendlich erfolglosen Versuch, die hiesige Drogenszene zu zerschlagen, indem man die üblichen Orte schloss, wo man sich traf. Wie eigentlich immer, wenn man mit Repression gegen Drogenkonsum vorgehen wollte, war auch dieses Vorgehen erfolglos. „Die Konsumentinnen und sind immer noch da, treffen sich aber eben eher in privaten Räumen.“

Zum Schluss des Telefonats wird es noch einmal kurz persönlich, denn wenn man ein paar Klischees bemüht, müsste Dirk Kratz eigentlich ein Stadtmensch sein. Auf der Homepage der Ludwigsmühle sieht man ihn im Kapuzenpullover und mit anblondierten Haaren. Unter seinem Ärmel blitzt eine großflächige Tätowierung durch. Das Klischee täuscht: „Ich wohne in Landau im Zentrum. Aus Berliner Sicht ist das wahrscheinlich ein Dorf“, lacht er. Landau sei aber ein Mittelzentrum, wie viele andere Städte in Deutschland. „Mich persönlich hat es aber nie gereizt, in einer richtigen Großstadt zu wohnen. Ich schätze an Landau, dass man alles fußläufig hat, ohne dass zu eng, voll und unübersichtlich

würde.“ Klar habe er in Landau nicht tausend Yoga-Studios, aber alles, was man für ein gutes Leben bräuchte.

Philipp Meinert

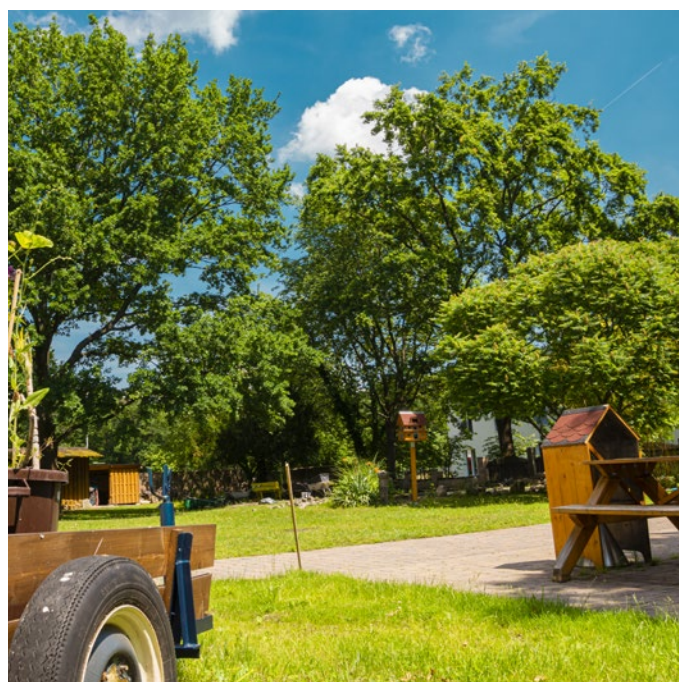
PODCAST-TIPP

FREIHEIT OHNE DRUCK DER SUCHTHILFE-PODCAST

Beschreibung: Sucht ist in unserer Gesellschaft Alltag und trotzdem ein Tabu. Jede*r kennt jemanden, der*die jemanden kennt, der*die mal Suchtprobleme hatte – oder gegenwärtig hat. Trotzdem scheint es nicht leicht zu sein, darüber zu reden oder sich Hilfe zu suchen. Die Zugänge sind meist eher hochschwellig, die Suche nach Beratung und Hilfe ist häufig schambesetzt. So klafft eine Lücke zwischen Suchtprävention, Suchtberatung/-hilfe und Selbsthilfe. Deswegen haben wir April 2019 haben im Therapieverbund Ludwigsmühle, einem gemeinnützigen Suchthilfeträger in Rheinland-Pfalz, den ersten deutschen Suchthilfepodcast „Freiheit ohne Druck“ gestartet. Bislang wurden knapp 50 Folgen produziert, u.a. zu den Themen Suchttherapie oder Kindern aus suchtbelasteten Familien. So möchten wir niederschwellig Wissen und Ansätze zur Hilfe vermitteln und zudem zur Entstigmatisierung von suchterfahrenen Menschen beitragen. Wir haben zwei Rubriken entwickelt: Freiheit ohne Druck – Selbsthilfe mit konkreten Hilfeansätzen rund um das Thema Sucht und Freiheit ohne Druck – Hintergrund mit hilfreichen Informationen zum Suchthilfesystem, Suchtmitteln etc.

Der Podcast ist auf den gängigen Podcast-Plattformen kostenfrei verfügbar, wie Spotify, Google-Podcasts oder auch Apple-Podcasts.

WWW.FREIHEITOHNEDRUCK.DE



„SO ETWAS MACHT EIN GUTER ARZT NICHT“

Noch immer ist der Schwangerschaftsabbruch ein gesellschaftlich stigmatisiertes Thema. Immer weniger Ärzt*innen und Kliniken stehen für einen Abbruch nach der Beratungsregelung zur Verfügung, so dass ländlichen Regionen heute von einem Versorgungsnotstand gesprochen werden muss.

Irgendwo im Landkreis Ravensburg: Beate ist Mutter von zwei Kindern. Als sie ungewollt schwanger wird, entscheidet sie sich für einen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch, eine Methode, die bis zur 9. Schwangerschaftswoche möglich ist und für die sie in einem Abstand von zwei Tagen zwei Arzttermine wahrnehmen muss. Nur in Konstanz, eine Autofahrt von fast zwei Stunden entfernt, findet sie eine Praxis, die diese Methode anbietet. Eine wohnortnahe, leicht zugängliche Option gibt es nicht. Beate gerät unter Druck. Weil es nicht anders zu lösen ist, fährt das Paar mit seinen Kindern in Richtung Konstanz und verbringt zwei Nächte auf einem Campingplatz, um wie geplant, die Schwangerschaft zu beenden. Eine logistische Meisterleistung und leider kein Einzelfall.

Keine Schwerpunktpraxis mehr in Stuttgart

„In 14 der 44 Stadt- und Landkreise von Baden-Württemberg gibt es für ungewollt Schwangere, die einen Abbruch wünschen, keinerlei Versorgung“, berichtet Gudrun Christ, Landesgeschäftsführerin von pro familia in Baden-Württemberg. Es handele sich teils um aneinandergrenzende Landkreise, die zu großen weißen Flecken in der Versorgungslandschaft geworden seien. Dies betrifft aber längst nicht mehr nur ländliche Regionen, zunehmend gibt es Engpässe in Ballungsgebieten und Städten. Beispielsweise existiert in Stuttgart mit 635.000 Einwohnern zwischenzeitlich keine Schwerpunktpraxis mehr, nur wenige Ärzt*innen nehmen noch Abbrüche nach der Beratungsregelung vor.

„Frauen, die ungewollt schwanger sind, wissen, dass ein Abbruch für sie rechtlich möglich ist, aber es können Tage vergehen, bis sie herausfinden, wo sie den Abbruch vornehmen lassen können. Es sind etliche Telefonate nötig, die Kostenübernahme für den Abbruch muss geklärt, je nach Wohnort muss eine längere An- und Abreise geplant werden, einschließlich für eine Begleitperson“, schildert Stephanie Schlitt, stellvertretende Vorsitzende des pro familia Bundesverbands. Wenn vielleicht das Geld, die Sprachkenntnisse nicht reichten und die Unterstützung im sozialen Umfeld fehle, sei das enorm belastend. Dazu kommt, dass – laut Berechnungen des Statistischen Bundesamts von 2019 – 60 Prozent der Frauen ein Kind, ein Drittel zwei oder mehr Kinder haben, für deren Betreuung bei Abwesenheit gesorgt werden muss.



Der Versorgungsnotstand im Bereich des Schwangerschaftsabbruchs ist nicht nur in ländlichen Regionen von Baden-Württemberg durch zahlreiche Berichte belegt, Versorgungsdefizite gibt es ebenso in Rheinland-Pfalz und Hessen. Seit mehreren Jahren weisen Expert*innen und Schwangerenberatungsstellen vieler Träger sowie der Paritätische Wohlfahrtsverband auf die zunehmend prekäre Situation hin. Auch Thoralf Fricke, Landesgeschäftsführer und Leiter der Beratungsstellen von pro familia in Niederbayern, hat keine guten Nachrichten: „Im Allgäu gibt es nur noch einen Arzt, in den Bezirken Niederbayern und Oberpfalz mit mehr als zwei Millionen Einwohner*innen nur drei Ärztinnen, die nach Beratungsregelung einen Schwangerschaftsabbruch machen, aber keine einzige Uniklinik. Auch im Ballungsraum Augsburg findet sich nur ein Arzt.“

Gesetzesnovellierung ist ein Rohrkreierer

Stephanie Schlitt spricht in diesem Zusammenhang nicht nur von einem „Versorgungsnotstand“, sondern auch von einem „Informationsnotstand“. „Mit der Novellierung des §219 a beschlossene Bundesärztekammer-Liste von Ärzt*innen und Kliniken, die Abbrüche vornehmen, wurde keine Abhilfe geschaffen, um Frauen den Zugang zu einem Abbruch zu erleichtern. „Diese Liste ist wie erwartet ein Rohrkreierer“, findet auch Gudrun Christ. Aus Baden-Württemberg stünden dort gerade mal 12 Ärzt*innen, auf Seiten von Anti-Choice-Befürworter*innen würde man mehr Adressen finden. Tatsächlich haben sich auf dieser Liste, die monatlich aktualisiert wird, erst rund 330 Ärzt*innen aus dem ganzen Bundesgebiet registrieren lassen – vornehmlich aus Berlin und Hamburg, wo ohnehin schon solche Listen zur Verfügung standen.

Der Zugang zur Schwangerschaftskonfliktberatung ist im Vergleich zum Zugang zu Informationen über Stellen, wo dieser konkret vorgenommen werden kann, eher „landesweit gut und im internationalen Vergleich einzigartig“, sagt Stephanie Schlitt. Dies liege daran, dass eine Beratung nach deutschem Strafrecht die Voraussetzung für einen Abbruch sei. In diesem Falle müssten die Länder konkrete Vorgaben erfüllen und den Zugang auf wohnortnahe Beratungsstellen gewährleisten. Zwar verpflichtet §13 Schwangerschaftskonfliktgesetz die Länder auch dazu, ein


WEITERE INFORMATIONEN

www.profamilia.de
www.doctorsforchoice.de

ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen vorzuhalten, „aber ohne diese in den Länderverordnungsgesetzen zu verankern oder zu kontrollieren, ob die Versorgung überall ausreichend ist“, erklären Gudrun Christ wie auch Thoralf Fricke.

Expert*innen bemängeln, dass es keine Bestandsaufnahme und Daten zur Versorgungssituation für Schwangerschaftsabbrüche gibt. Auch Ulrike Busch, emeritierte Professorin für Familienplanung. In ihren Augen reicht es jedoch nicht aus, nur die Anzahl der abbruchbereiten Stellen – Praxen, Kliniken oder Familienplanungszentren sowie Gesundheitsämter – zu erheben. „Es muss auch die Qualität der Versorgung evaluiert werden. Welche Erfahrungen machen Klientinnen vor, beim, nach einem Abbruch? Haben Frauen einen niedrigschwelligen Zugang zu verschiedenen Methoden des Abbruchs?“

Rückgang von 40 Prozent bei der Frauengesundheit

Als eine Ursache für den erschwerten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen nennen Expert*innen, dass immer weniger Ärzt*innen, Praxen und Kliniken einen Schwangerschaftsabbruch durchführen. Laut Statistischem Bundesamt gibt es seit 2003 einen Rückgang um 40 Prozent, anstatt ca. 2.000 sind es nur noch rund 1.200 Stellen, die diesen Teil der Versorgung im Bereich der Frauengesundheit abdecken. Die Lage ist fragil. Ist ein Arzt in Urlaub, eine Ärztin krank oder entscheidet sich eine Klinik, Schwangerschaftsabbrüche nach Regelberatung nicht mehr anzubieten, müssen Frauen herumirren, bis sie einen Zugang zum Abbruch bekommen, schildern Berater*innen von pro familia. Auch, dass viele Mediziner*innen in den Ruhestand gehen und keine Nachfolge finden, sei für die alarmierende Entwicklung in diesem Bereich ein wesentlicher Faktor, bilanziert Busch.

„Ein Schwangerschaftsabbruch nach Regelberatung ist keine medizinische Regelleistung. Hier schwingt mit, so etwas macht ein guter Arzt nicht“, sagt Thoralf Fricke, und Ulrike Busch betont, dass viele Ärzt*innen sich lieber dieser moralisch aufgeladenen

Situation entziehen. Wenig förderlich für die Bereitschaft, sich mit der Praxis des Schwangerschaftsabbruchs auseinanderzusetzen ist auch der traurige Fakt, dass Selbstbestimmungsgegner*innen Praxen, Beratungsstellen oder Medizinische Zentren belagern, Ärzt*innen und medizinischen Personal, gar selbst Klientinnen bedrohen. Einen effektiven Schutz, auch staatlichen, gibt es nicht.

Sensibilisierung junger Ärzt*innen geplant

Ein weiterer Faktor, der in den Augen von Expert*innen die Versorgungskrise verschärft ist, „dass der Schwangerschaftsabbruch in der medizinischen Lehre und Praxis sowie in der Gesundheitsforschung nicht hinreichend integriert wird“, schreibt Doctors for Choice Germany e.V. in einer Pressemitteilung. Darum hat sich 2015 die studentischen Arbeitsgruppe „Medical Students for Choice“ an der Berliner Charité gegründet und verfolgt das Ziel, die Ausbildung junger Ärzt*innen zu verbessern und sie dafür zu sensibilisieren, dass ein Schwangerschaftsabbruch zur reproduktiven Gesundheitsversorgung von Frauen gehört und sie ein Recht auf eine entsprechende Versorgung haben.

Verbände, NGOs und Teile der Ärzteschaft fordern eine überparteiliche Auseinandersetzung mit den Versorgungsdefiziten beim Schwangerschaftsabbruch ein und eine Analyse über das Ausmaß und die Ursachen der Unterversorgung. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse und den Erfahrungen der Schwangerenberatung müssten zeitnah Konzepte und Maßnahmenkataloge entwickelt werden, wie der Versorgungsnotstand konkret zu beheben ist. Damit Frauen wie Beate künftig die Versorgung erhalten, die das Gesetz verspricht. Und sie ist kein Einzelfall. Jede vierte bis fünfte Frau wird in Deutschland einmal ungewollt schwanger. Es ist Zeit, den Schwangerschaftsabbruch nach der Beratungsregelung in die Regelversorgung aufzunehmen und aus dem Strafrecht zu streichen.

Verena Mörath

ZURÜCK AUFS LAND

Sehnsuchtsort ländlicher Raum? Während es immer mehr Menschen in die Städte treibt und der ländliche Raum vor großen strukturellen Herausforderungen steht, ist für Markus Kranich klar: Auf dem Land gibt es mehr Freiraum, seine Ideen zu verwirklichen, und das Leben ist im Gegensatz zur Stadt noch bezahlbar.

Der Vorsitzende der Sächsischen Bildungs- und Begegnungsstätte Windmühle Seifhennersdorf lacht, als er sich erinnert, wie er damals mit seiner Frau scherzte: „Dann können wir auch gleich wieder zurückziehen aufs Land. Dann können wir uns davon ein Haus kaufen, was wir hier an Miete zahlen müssen.“ Aus dem Witz wurde dann schon bald Ernst. Markus Kranich (Foto unten) verabschiedete sich mit Mitte zwanzig nach dem Studium in Dresden vom Stadtleben und zog mit Frau und Kind zurück in das ländliche Heimatdorf in der Oberlausitz.

Junge Menschen verlassen das Dorf nach der Schule

Anders als Familie Kranich suchen die meisten jungen Menschen vom Land heutzutage eher den Weg in die Stadt. Man kennt die Berichte aus den Medien. Es ist vom flächendeckenden Phänomen der Landflucht die Rede, fehlenden Schulen, Arztpraxen und weiten Wegen. Für Seifhennersdorf gilt, was für viele Dörfer im ländlichen geprägten Raum in der ganzen Republik gilt: Die meisten jungen Menschen kehren nach dem Schulabschluss ihrer ländlichen Heimat den Rücken.

Eine Studie des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung bestätigt diese Beobachtung. Forscher*innen untersuchten in der Studie die innerdeutsche Migration zwischen den Landkreisen

und stellten fest, dass die wichtigsten Faktoren für eine Abwanderung aus dem ländlichen Raum die geringere Lohnhöhe und die Arbeitslosenquote sind. Die Ergebnisse sind deutlich: Bis Mitte der 2000er-Jahre war die Landbevölkerung im Schnitt sogar jünger als in der Stadt. Dann wendete sich der Trend: Nun verlassen immer mehr junge Erwachsene unter 30 Jahren das Land, während ältere und alte Menschen von der Stadt aufs Land ziehen. Auch eine aktuelle Erhebung des Ifo-Instituts bestätigt die Entwicklung und attestiert dem ländlichen Raum deutschlandweit einen wachsenden Bevölkerungsverlust, besonders stark ausgeprägt in Ostdeutschland.

Staatsrückzug führt zu Frust

Um das Dorfleben wieder attraktiver zu gestalten, sind Landespolitik und kommunale Stellen in vielfältiger Weise gefordert. Neben einer Verbesserung der Jobperspektiven sind auch ein ansprechendes kulturelles Angebot und Orte der Begegnung essentiell. Ob in der Prignitz, in Friesland oder im Erzgebirge – Menschen dürfen im ländlichen Raum nicht von kultureller Teilhabe ausgeschlossen werden. Denn Studien zeigen auch: Dort, wo sich der Staat merklich zurückzieht, entstehen oft Gefühle von Frust und Enttäuschung, die sich mitunter auch in antidemokratischen Sentiments und Rechtspopulismus kanalisieren können. Die Ergebnisse der „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen etwa, dass Gefühle politischer Machtlosigkeit und Orientierungslosigkeit zentrale Faktoren zur Festigung rechtspopulistischer Gedankenguts darstellen.

Ein lebendiges kulturelles Miteinander und das Engagement für die gemeinsame Sache können diesen Entwicklungen entgegenwirken. Markus Kranich erinnert an die schwierige Lage Anfang der 1990er-Jahre, als es bei der örtlichen Industrie in der Oberlausitz den Bach herunterging und die Stimmung bedrückt war: „Man brauchte Orte, wo man sich einbringen kann, wo man wer ist.“ Aus dem Vorstoß einiger entwickelte sich bald ein reges



WEITERE INFORMATIONEN

www.windmuehle-seifhennersdorf.de

Vereinsleben rund um die Seifhennersdorfer Windmühle, die im ostsächsischen Dreiländereck zwischen Polen, Tschechien und Deutschland Begegnungen zwischen Ost und West ermöglichen sollte.

Polen, Tschechen und Deutsche gemeinsam in Workshops

Seitdem ist viel passiert: Heute ist die Windmühle ein wirtschaftlich organisierter Hotelbetrieb mit 26 Zimmern, aus dessen Einnahmen ein breites Angebot an Bildungs- und Kulturangeboten finanziert wird. Jährlich finden hier mittlerweile rund 180 Veranstaltungen statt: Vom beliebten Töpferkurs über diverse Malkurse bis hin zu Spinnabenden in der kalten Jahreszeit – hier ist die regionaltypische Handwerkstradition Dreh- und Angelpunkt des Kulturprogramms. Polnische, tschechische und deutschen Studierenden kommen darüber hinaus in Workshops und lernen alles rund um das regional typische Umgebendehaus und setzen sich so mit dem kulturellen Erbe der Region auseinander.

Natürlich steht die Kulturförderung in ländlichen Regionen im Gegensatz zur dichtbesiedelten Metropole auch vor besonderen Herausforderungen: Avantgarde-Projekte oder Nischensujets finden logischerweise im dünn besiedelten Raum deutlich weniger Anklang. Der Kulturort in Seifhennersdorf begegnet dieser Tatsache seit einigen Jahren kreativ und entwickelt Events, die Kunst und Kulinarisches miteinander verbinden. So führt etwa bei dem Theaterformat „Zu Gast bei Hofe“ eine Schauspielerin als Gräfin Cosel durch den Abend, während die Gäste ein barockes Vier-Gänge-Menü genießen.

Eine weitere Besonderheit ländlicher Kulturförderung besteht darin, dass sie noch stärker auf politikfeldübergreifende Ansätze angewiesen ist. Beispielsweise stehen Fragen im Raum wie: Können breite Bevölkerungsschichten kulturell teilhaben, wenn Kulturorte nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind? Oder: Wie kann die Digitalisierung vorangetrieben werden, um Räume für kreative Prozesse zu öffnen? Nicht selten springen zivilgesellschaftliche Akteur*innen dann ein und betreiben zum Beispiel Bürgerbusse und sorgen so selbst dafür, dass die Dorfbewohner*innen auch ohne eigenes Auto von A nach B kommen. Auch in Seifhennersdorf geht man innovativ mit dem Problem um und stellt bei Bedarf E-Bikes am Bahnhof zur Verfügung, um die Anreise per Zug besser zu ermöglichen.

Doch freiwilliges Engagement spielt nicht nur indirekt eine herausragende Rolle für die Strukturen rund um einen vielfältigen und lebendigen Kulturbetrieb. Noch bedeutsamer als in der Stadt ist das Ehrenamt auf dem Land, wo auch Einrichtungen wie Volkshochschulen, Kulturtreffs und Aufgaben der Denkmalpflege nicht selten freiwillig betrieben werden. Der starke Bezug zur Region und langjährige soziale Beziehungen ermöglichen im ländlichen Raum oft ein nachhaltiges und langfristiges Engagement in der Kulturszene.

Ohne den stetigen Einsatz der über 20 Freiwilligen könnte auch das vielfältige Kulturangebot in der Seifhennersdorfer Windmühle in dieser Form nicht bestehen. „Wenn wir die nicht mehr finden, dann geht unserem Konzept die Luft aus, weil wir keine

professionellen Anleiterinnen und Anleiter bezahlen könnten.“ Viele Senior*innen werden aus dem Ruhestand heraus aktiv und tragen so zu einem lebendigen Kulturangebot bei. Aber auch jüngere Leute sprechen Markus Kranich in letzter Zeit vermehrt an: „Ich bin hoffnungsvoll, weil viele Leute in meinem Alter, die jetzt so um die 30 Jahre alt sind, in den vergangenen Monaten gesagt haben: Wir wollen Mitglied in eurem Verein werden!“

Neonazis das Bier wegkaufen

Es gibt viele positive Beispiele, die zeigen, „was das Land kann“: Menschen in Ostritz oder Themar schließen sich gegen Neonazis zusammen und kaufen koordiniert den Biervorrat leer, um den Rechten das Feiern zu verderben. Bürgerschaftliche Initiativen eröffnen alte Kinos oder ein Café in einem alten Bahnhof und schaffen so Orte des kulturellen Austauschs. Trotz und gerade wegen der verheerenden Auswirkungen des demografischen Wandels auf dem Land und den daraus entstehenden Herausforderungen für Gesellschaft und Politik, lohnt es sich also, genauer hinzuschauen. Trotz mangelnder Jobperspektiven, Schulschließungen und rechtspopulistischen Tendenzen kann der ländliche Raum als Sehnsuchtsort taugen, wenn in ihm kollektives Engagement auf regional zugeschnittene Konzepte der Kommunalpolitik trifft.

Britta Steinwachs

DEUTSCHER ENGAGEMENTPREIS

Jede Stimme zählt!
Geben Sie vom 15. September bis 27. Oktober Ihre Stimme für den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis des Deutschen Engagementpreises ab. Der Deutsche Engagementpreis würdigt das freiwillige Engagement von Menschen in unserem Land und all jenen, die dieses Engagement durch die Verleihung von Preisen unterstützen. Geben Sie den Nominierten des Deutschen Engagementpreises Rückenwind, indem Sie für Ihre Favorit*innen abstimmen unter:
www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis

DREI FRAGEN AN SIVALINGAM SIREETHARAN (SRI) VOM REFUGIUM WESERMARSCH

Als gemeinnütziger Verein für interkulturelle Arbeit leistet das Refugium Wesermarsch e.V. seit über 30 Jahren Migrationssozial- und Integrationsarbeit im Landkreis Wesermarsch. Dieser Landkreis hat 108 Bewohner*innen pro Quadratkilometer. Zum Vergleich: Die benachbarte Stadt Bremen hat 1743 Bewohner*innen auf der gleichen Fläche. Wir sprachen mit Herrn Sireetharan vom Refugium Wesermarsch, wie die Migrationsberatung in der Fläche aufgestellt ist. Weitere Informationen unter www.refugium-wesermarsch.de

Der Verein Refugium Wesermarsch bietet Migrationsberatung außerhalb der Ballungszentren an. Welche Herausforderungen haben Sie als Berater in einer ländlicheren Region?

Eine der Herausforderungen der Beratung im ländlichen Bereich ist sicherlich die Erreichbarkeit der Klient*innen. Die Klient*innen haben oft Schwierigkeiten, unsere Beratungsstellen mit 11 Berater*innen mit unterschiedlichen Kompetenzen an den Standorten Nordenham und Brake zu erreichen. Die Busanbindung ist insgesamt wenig ausgebaut, die Bahn oft schlecht erreichbar. Das Refugium kooperiert eng mit den Sozialämtern aller Gemeinden und Städte im Landkreis Wesermarsch und bietet Beratungen vor Ort in den jeweiligen Rathäusern an. Damit ist sichergestellt, dass auch diejenigen Menschen, die aufgrund der geografischen Lage und der Infrastruktur nur mit großer Mühe selbst die Beratungsstelle aufsuchen können, beraten und erreicht werden können.

Die Arbeitssituation ist ein großes Integrationshindernis. Es gibt hier im ländlichen Bereich weniger Arbeit, als in Ballungsgebieten und diese Arbeitsstellen sind oft zusätzlich schwer und oft auch nur mit dem Auto erreichbar. In den meisten Bereichen wird Schichtarbeit erwartet, die Menschen ohne eigenen PKW nur mit viel Absprache und Fahrgemeinschaften erreichen können. Obwohl das regionale Radwegenetz sehr gut ausgebaut ist, sind die Wege zum Teil viel zu lang, um das Fahrrad nehmen zu können.

Dies betrifft auch die Erreichbarkeit von Sprachkursen. Leider gibt es hier im ländlichen Bereich nur wenige Anbieter von Sprachkursen insgesamt, die Wege zu den Kursen sind mitunter weit und die Fahrtkosten hoch.

Die ländliche Region bietet aber auch Vorteile: Der Kontakt zu den hiesigen Kooperationspartnern und auch Arbeitgebern ist unter anderem auch aufgrund der speziellen geografischen Gegebenheiten sehr gut. Hiervon können die Menschen, die in unsere Beratung kommen, profitieren.



Gibt es in Ihrer Beratung andere Themenschwerpunkte bei Ihren Klient*innen als in der Stadt?

Ich denke, dass die Klient*innen aus dem Landkreis Wesermarsch mit den gleichen Themen wie Klient*innen aus Städten in die Beratung kommen: Fragen zum Aufenthalt, zum Spracherwerb, zu sozialen Leistungen, zur Arbeitsaufnahme etc. Die Beratung wird sich lediglich in den zur Verfügung stehenden Ressourcen vor Ort unterscheiden. Ein großes Thema bei vielen Beratungen spielt die Erreichbarkeit, z.B. von Sprachkursen mit höherem Sprachniveau, spezialisierten Beratungsstellen bzw. Ärzten/Krankenhäusern oder (Aus-)Bildungsangeboten. Auch im ländlichen Bereich gibt es leider Probleme aller Art und es muss viel Bürokratie und Schriftverkehr abgearbeitet werden.

Laut Statistischem Bundesamt ist der Anteil an Ausländer*innen in den Städten und Metropolen deutlich höher als im Umland. Was macht Städte für Migrant*innen attraktiver?

Migranten wollen oft dort leben, wo Freunde und Familie von ihnen leben. Das tun Menschen lieber dort, wo es für sie attraktiver erscheint. Was macht Attraktivität eines Wohnortes aus? Bildungs-, Arbeits- und Ausbildungsplatzangebote, gesundheitliche Versorgung, Infrastruktur, Landsleute, religiöse Gebetsstätten, Freizeitangebote, Hilfsangebote, spezielle Beratungsangebote, Abwechslung.

Auch wird man in einer Stadt größere Chancen haben, auf Menschen aus dem gleichen Kulturkreis bzw. Herkunftsland zu treffen und so die eigene Kultur oder Religion gemeinschaftlich leben zu können. Sicherlich wird man in der Stadt auch größere Chancen haben, jemanden zu finden, der die gleiche Sprache spricht und als Sprachmittler in Beratungen aushelfen kann. Das Refugium hält deswegen einen großen Sprachmittlerpool mit den gängigsten Sprachen vor.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

MIGRATIONSBERATUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Der Landkreis Main-Spessart im Norden von Würzburg zeichnet sich durch eine besonders große Fläche aus. Ämter und Behörden sind aufgeteilt auf verschiedene Örtlichkeiten, es gibt also keine zentrale Infrastruktur. Der größte Unterschied zwischen Migrationsberatung in der Stadt und im ländlichen Raum, so bestätigen auch die beiden Beraterinnen aus Süddeutschland, liegt in den weiten Wegen und den Fahrtzeiten, die durch die mobile Beratung entstehen. Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) wird im Landkreis ausschließlich mobil angeboten. Die MBE wird derzeit von 2 Kolleginnen durchgeführt. Wir haben Jennifer Ashley und Christine Frankenberger gefragt, was die Beratungsarbeit im ländlichen Raum besonders macht und was sie sich für die Zukunft wünschen. Evîn Kofli sprach darüber mit Jennifer Ashley und Christine Frankenberger, die als Beraterinnen im Landkreis Main-Spessart arbeiten.

Frau Ashley, Frau Frankenberger, was sind die Besonderheiten der Beratungsarbeit im ländlichen Raum?

Die Berater*innen müssen das Equipment zu jedem Einsatz mitbringen (z.B. Laptop, Drucker, momentan auch eine Corona-Ausstattung). Zudem hat der Paritätische keine eigenen Beratungsräume im Landkreis Main-Spessart und ist auf die Bereitstellung von Räumen durch Kooperationspartner angewiesen. Aus diesen Gründen sind die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsbedarfe oft nur eingeschränkt zu erfüllen. Positiv zu erwähnen ist, dass die Beratung teilweise in den Räumen der VHS angeboten werden kann. So ist die Kontaktaufnahme zu den Integrationskursteilnehmer*innen gewährleistet. In der Arbeit ist nicht nur der Kontakt zum Landkreis wichtig, also z.B. die Landrätin als Ansprechpartnerin, sondern auch alle lokalen Akteure wie Bürgermeister*innen und die jeweilige Struktur der Gemeinden. Es gibt zum Teil örtlich begrenzte und landkreisübergreifende Netzwerke, ein regelmäßiger Arbeitskreis findet mit dem Jobcenter, Sozialamt und den anderen Wohlfahrtsverbänden statt.

Wie erfahren Zielgruppen und Akteure des Landkreises von der Migrationsberatung und wie wird dieses Angebot angenommen?

Es finden regelmäßig Vorstellungen in den Integrationskursen statt, Mund-zu-Mund-Propaganda, Gruppenangebote, Workshops, Austauschtreffen und Verteilung der Flyer an verschiedenen wichtigen Ämtern und Behörden (z.B. Ausländerbehörde, Jobcenter, Arbeitsagentur, VHS)

Vor welchen Herausforderungen steht die Migrationsberatung im ländlichen Raum?



Die mobile Migrationsberatung muss in ihrem Angebot flexibel sein. Hier ist z.B. zu nennen, dass sog. Übergangswohnheime Resettlement-Flüchtlinge aufnehmen und die MBE kurzfristig für die Neuzuwanderer Beratungskapazitäten vor Ort einplanen muss. Bei den Fallzahlen müssten die Fahrtzeiten bei einer mobilen Beratung mitberücksichtigt werden. Hinzu kommt, dass die Beratung mit Nacharbeit nicht immer mobil abgeschlossen werden kann. Oft müssen im Büro in Würzburg noch Briefe oder Emails formuliert und versendet werden oder Telefonate geführt werden etc. Sprachmittler*innen sind im ländlichen Raum schwieriger einzusetzen, da auch hier oft Fahrtkosten und Fahrzeiten entstehen, die nicht abgerechnet werden können, es auch weniger Menschen gibt, die die Fähigkeiten und Ressourcen für diese Tätigkeiten haben.

Was braucht die Migrationsberatung (Unterstützungsbedarf), um das Angebot im ländlichen Raum zu etablieren?

Ein vom Paritätischen angemieteter Beratungsort, der zu festgelegten Zeiten, ohne weitere Absprachen der MBE zur Verfügung steht, würde die Präsenz und Sichtbarkeit des Paritätischen erhöhen. Dafür müssten evtl. höhere Sachmittel zur Verfügung stehen. Aufgrund der Größe des Landkreises und der Fahrtzeiten wäre auch ein höherer Personaleinsatz von Vorteil.

Evîn Kofli ist Referentin für Migrationssozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband

SO GELINGT INKLUSION VOR ORT:

AKTION MENSCH- PROJEKT „KOMMUNE INKLUSIV“ ZEIGT WIRKUNG

In fünf Jahren zu mehr Inklusion vor Ort – das haben sich fünf Modellkommunen im Rahmen der Aktion Mensch-Initiative „Kommune Inklusiv“ zum Ziel gemacht. Jetzt, kurz nach der Halbzeit, teilen sie erste Erfahrungen und Tipps in einem anwendungsorientierten Online-Praxishandbuch.

Gracia Schade sitzt im Kommune Inklusiv-Büro an ihrem Schreibtisch und überprüft, wie viele Klicks das letzte Video bekommen hat. Sie ist Netzwerk-Koordinatorin für die Verbandsgemeinde (VG) Nieder-Olm in der Nähe von Mainz. Seit der Corona-Krise hat sich ihr Job sehr verändert: „Kommune Inklusiv lebt ja normalerweise von Begegnung. Durch Corona mussten wir ganz schön umdenken. Jetzt machen wir unsere Treffen über Zoom und haben neuerdings auch einen eigenen YouTube-Kanal.“ Eins der ersten Filmprojekte war eine dreiteilige Reihe, die Wege aus der Werkstatt für behinderte Menschen in den Allgemeinen Arbeitsmarkt aufzeigt. Drei junge Frauen mit geistiger Einschränkung erzählen, wie sie es geschafft haben, und machen damit anderen Mut.

Das Herzstück von „Kommune Inklusiv Nieder-Olm“ ist der Bildungstreff „Känguru“: Hier treffen sich regelmäßig Menschen mit Lernschwierigkeiten, tauschen sich aus und bekommen ganz nebenbei die eine oder andere lebenspraktische Übung – zum Beispiel beim gemeinsamen Kochen – das jetzt online stattfindet. Wenn ein Gericht für acht statt für vier Leute reichen soll: Wie viele Zutaten brauche ich dann? Auch bei Online-Museumsbesuchen oder beim gemeinsamen Kniffeln und Rechnen haben die Teilnehmer*innen viel Spaß. Frei nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns“, entscheidet die Gruppe selbst, wie sie ihre Treffen gestaltet.

Erfahrungen teilen – damit Vielfalt selbstverständlich wird

„Kommune Inklusiv“ und das zentrale Anliegen gelebter Vielfalt wird in der VG Nieder-Olm aber auch an vielen anderen Stellen sichtbar: So etwa bei einem digitalen Stammtisch für Senior*innen, einem jährlichen „Dinner in Bunt“ in einer der Gemeinden der VG oder einer inklusiven Nähwerkstatt. Diese und andere erfolgreiche Projekte fallen natürlich nicht vom Himmel – sie müssen sorgfältig geplant, durchgeführt und evaluiert werden. Gracia Schade ist daher froh, dass die Aktion Mensch die VG Nieder-Olm finanziell und organisatorisch unterstützt und berät. Denn ihr ist es wichtig, dass die Projekte auch nach dem Ende des Förder-Zeitraums bestehen bleiben und Inklusion von den Bürger*innen nachhaltig gelebt wird.

Wissen und Erkenntnisse aus den vergangenen drei Jahren seit Start der Aktion Mensch-Initiative sind nun auch für Interessierte von außen zugänglich und nutzbar: Das Praxishandbuch Inklusion bündelt die Erfahrungen der Projekt-Macher*innen aus den fünf Modellkommunen und teilt sie in Form von anwendungsorientierten Leitfäden, Checklisten, Arbeitsblättern und Beispielen aus der Praxis. Die Materialien zu den Projektphasen der „Planung“, „Umsetzung“ und „Verstetigung“ sind so aufbereitet, dass auch andere Kommunen – Schritt für Schritt – direkt in eine inklusivere Zukunft starten können.

Kostenfreie Schulungen der Aktion Mensch

In der niedersächsischen Stadt Schneverdingen koordiniert Ulrike Schloo das Projekt „Kommune Inklusiv“. Sie ist begeistert von den Schulungen, die sie seit Beginn des von der Aktion Mensch unterstützten Projekts machen konnte: Das Angebot reicht von Webinaren zur finanziellen Förderung über Projektmanagement bis hin zu Rhetorik-Seminaren und Pressearbeit. Auch dieses Schulungsangebot hat sich nun für interessierte In-



Gracia Schade, Netzwerk-Koordinatorin „Kommune Inklusiv“ VG Nieder-Olm: „Mein Rat: Finden Sie eine möglichst breite Palette an Projekt-Partner*innen. Und machen Sie mit ihnen Kooperationsvereinbarungen: Was erwarten wir, wozu verpflichten wir uns gegenseitig?“



Ulrike Schloo, Netzwerk-Koordinatorin „Kommune Inklusiv“ Schneverdingen: „Mein Rat: Treffen Sie sich am Anfang des Projekts in einer möglichst großen Gruppe, um zu klären, wer was macht. So entstehen keine Doppelstrukturen.“



klusions-Macher*innen in ganz Deutschland geöffnet – mit dem Ziel, das Netzwerk für Inklusion vor Ort immer weiter auszubauen. Und zwar nicht nur für Menschen mit und ohne Behinderung, sondern auch für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, für ältere und jüngere Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder sonstigen Merkmalen und Fähigkeiten.

In Schneverdingen hat das Projekt zur Corona-Zeit eine Helferbörse mit ins Leben gerufen. Über die Rückmeldungen der Bürger*innen war Ulrike Schloo allerdings sehr verwundert: „Es haben sich viel mehr Helfende als Hilfesuchende gemeldet. Das fanden wir merkwürdig. Dann hat sich herausgestellt, dass es schon jede Menge Hilfeleistung gab, nur dass sich diese Menschen privat gefunden hatten.“ Sie lacht herzlich. So sei das halt auf dem Land, fährt sie fort. Es gebe nicht so viele offizielle Organisationen, und die Leute seien es gewöhnt, gut aufeinander zu achten und anderen zu helfen. Die Helferbörse hat dann etwas Struktur in die Sache gebracht. Und im Sommer konnten sich diejenigen, die unterstützt wurden, mit einer schönen Aktion bedanken. „Kommune Inklusiv gibt Ihnen einen Korb“ ging so: Wer Hilfe bekommen hat, konnte den Namen der Helfer*in an „Kommune Inklusiv“ schicken – und von dort kam dann als Dankeschön ein luxuriöser Einkaufskorb mit dem Logo des Projekts.

Stadtverwaltung mit im Boot

Die Bürgermeisterin hat die Aktion sehr gelobt – und genau diese Nähe zu Politik und Verwaltung zieht sich in Schneverdingen durch das ganze Projekt. „Kommune Inklusiv“ hat sein Büro

im Rathaus und ist jeden Vormittag für die Bürger*innen zu erreichen. Die Nachmittage werden manchmal für gemeinsame Aktionen genutzt, und an vielen Abenden tagen die Arbeitsgruppen zu Themen wie „Freizeit“, „Bildung“, „Arbeit“ oder „Wohnen“. Wichtig: Jeder kann mitmachen! Auch in den Steuerungsgruppen, die etwa aus Vertreter*innen von sozialen Trägern, Vereinen oder der kommunalen Politik bestehen. Während sich die Arbeitsgruppen inhaltlich mit den konkreten Themenbereichen beschäftigen, sorgt die Steuerungsgruppe dafür, „Kommune Inklusiv“ zu koordinieren und weiter zu entwickeln.

Gibt es einen Unterschied zwischen den städtischen und den ländlichen Modellkommunen? Ulrike Schloo zögert. „Vielleicht insofern, als es in Rostock, Schwäbisch Gmünd und Erlangen mehr Institutionen gibt, die man mit ins Boot holen kann. Schneverdingen in der Lüneburger Heide hat etwa 18.000 Einwohner. Hier kennt jeder jeden, und es sind eigentlich immer Gruppen von Bürger*innen, die hier etwas bewegen und Ideen umsetzen.“ Dafür gibt es ein extrem gutes Netzwerk. Zum Beispiel haben sich nun 15 Freiwillige durch die Freiwilligenakademie beim Land Niedersachsen zu sogenannten Engagement-Lotsen weitergebildet. Sie sind jetzt ganz offiziell Multiplikator*innen für „Kommune Inklusiv“, übernehmen eigene Bereiche, verschaffen dem Projekt mehr Aufmerksamkeit und machen es so noch größer.

Starke Netzwerke gut pflegen

Dieser Gedanke eines starken Netzwerks für Inklusion vor Ort ist die Basis des Projekts „Kommune Inklusiv“. Es hat sich zum Ziel gemacht, Strukturen und Denkweisen zum Thema Vielfalt zu hinterfragen und zu verändern. Und zwar dort, wo es am meisten Wirkung entfalten kann: Direkt vor Ort. Schließlich ist es in vielen Kommunen noch immer häufig so, dass Teilhabe und Partizipation ganz und gar nicht selbstverständlich sind. – und das soll sich ändern. Die Projekte in den fünf Modellkommunen begleitet die Aktion Mensch fünf Jahre lang mit Rat und Tat. Um gut funktionierende Netzwerke vor Ort zu schaffen, bedarf es außer Fachwissen auch vieler Treffen, E-Mails und Telefonate. Expert*innen der Aktion Mensch helfen bei der Antragstellung und dem Projektmanagement. Denn nur, wenn der Weg der einzelnen Kommunen und ihre Lösungen nachvollziehbar bleiben, können Denkanstöße, Ideen und Initiativen von anderen Kommunen übernommen werden.

Und das ist ganz ausdrücklich das Ziel der Aktion Mensch: Die fünf sehr verschiedenen Modellkommunen sollen als Blaupause für alle Städte und Gemeinden in Deutschland dienen. Denn Inklusion ist nicht nur für einzelne Gruppen ein Gewinn, sondern für die ganze Gesellschaft.

Marion Theisen

WEITERE INFORMATIONEN

Informationen zum Projekt „Kommune Inklusiv“, dem Praxis- handbuch Inklusion und den Ansprechpartner*innen finden Sie unter www.aktion-mensch.de/kommune-inklusiv/

Vermögensverteilung: Paritätischer fordert stärkere Besteuerung großen Reichtums

Der Paritätische Wohlfahrtsverband bezeichnet die Vermögenskonzentration in Deutschland, die laut einer aktuellen DIW-Studie höher ist als bisher vermutet, als „geradezu absurd“ und fordert eine stärkere Heranziehung großen Reichtums zur solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens und dringend notwendiger Investitionen und sozialpolitischer Reformen.

„Angesichts der Corona-Pandemie stehen wir vor enormen Investitionen, die notwendig sind, um die Krise zu bewältigen und unser Gemeinwesen robuster, sozialer und gerechter zu gestalten. Wir kommen nicht länger um die Verteilungsfrage herum“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Laut DIW-Studie verfügt das reichste Prozent der Bevölkerung in Deutschland über 35 Prozent des individuellen Nettovermögens, die reichsten zehn Prozent über knapp zwei Drittel.

Konkret spricht sich der Paritätische für eine stärkere Besteuerung sehr hoher Vermögen, Einkommen und Erbschaften aus. Angesichts der corona-bedingten Zusatzbelastungen dürfe auch eine einmalige Vermögensabgabe kein Tabu sein.

„Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Zerreißprobe sondergleichen. Eine nachhaltige Besteuerung sehr großen Reichtums bietet die Chance, konjunkturpolitisch völlig unschädlich dringend notwendige Mittel zu generieren, um trotz Corona-Krise die soziale Daseinsvorsorge sicherzustellen, unsere Gesellschaft zu stabilisieren und keinen zurückzulassen“, so Schneider.

Der Verband weist darauf hin, dass insbesondere die Finanzsituation vieler Kommunen alarmierend prekär sei. Ohne ein Umsteuern drohten massive Verschlechterungen in der sozialen Daseinsvorsorge und der Lebensqualität vor Ort. „Wenn Politik auch in Zukunft unser Gemeinwesen gestalten und nicht nur den Mangel verwalten will, braucht es sofort einen finanz- und steuerpolitischen Kurswechsel“, fordert Schneider.

Hartz IV Regelsätze: Paritätischer Gesamtverband kritisiert Gesetzentwurf in aktueller Stellungnahme scharf

Der Paritätische Wohlfahrtsverband wirft der Bundesregierung „unverschämtes Kleinrechnen“ der Regelsätze in Hartz IV vor. In einer aktuellen Stellungnahme kritisiert der Verband den Referentenentwurf aus dem BMAS zur anstehenden Neuermittlung der Regelsätze in der Grundsicherung scharf. Fehler und Schwächen der bisherigen Methodik würden fort- und festgeschrieben, im Ergebnis seien die ab 2021 vorgesehenen Leistungen systematisch kleingerechnet, lebensfern und in keiner Weise bedarfsgerecht, wie insbesondere an den Leistungen für Kinder und Jugendliche deutlich werde. Das Ziel der Grundsicherung, zumindest in bescheidenem Rahmen Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen, werde so deutlich verfehlt.

In den Berechnungen des BMAS wird das so genannte Statistikmodell in unsystematischer und intransparenter Weise mit normativen Setzungen vermischt und durch willkürliche Eingriffe zum Zweck der Kostensenkung ad absurdum geführt, so die Kritik des Paritätischen. Ulrich Schneider: „Was wir bei der Berechnung der Regelsätze erleben ist keine Statistik, sondern ihr Missbrauch. Allein wenn die Bundesregierung das von ihr selbst gewählte Statistikmodell konsequent und methodisch sauber anwenden würde, müsste der Regelsatz nicht bei 439 Euro, sondern bei über 600 Euro liegen.“ Die Leistungen für Kinder und Jugendliche, die noch einmal deutlich niedriger liegen, entbehren dabei jeglicher seriösen statistischen Grundlage.

Der Paritätische kritisiert, dass Politik hier einmal mehr die verfassungsrechtlich eingeräumten gesetzgeberischen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Bewertung der Regelbedarfe ausschließlich zur Kürzung nutzt. Besonders rigide Kürzungen zeigen sich bei allem, was im weitesten Sinne mit sozialer Teilhabe zu tun hat, wie der Verband in der Stellungnahme nachweist: „Teilhabe am soziokulturellen Leben in der Gemeinschaft wird praktisch nur soweit bei der Regelbedarfsermittlung berücksichtigt, wie es außerhalb der Gemeinschaft stattfindet.“ Die Streichungen

folgen dabei im Wesentlichen – mit Ausnahme der Anerkennung der Kosten für Handynutzung – dem Vorgehen bei den vorangegangenen Regelbedarfsermittlungen. „Der Arbeitsminister führt in dem vorliegenden Entwurf fast alle Tricks der damaligen Arbeitsministerin von der Leyen fort, gegen die die SPD als Oppositionspartei 2010 noch empört Sturm gelaufen ist. Es ist ein Trauerspiel und für die Betroffenen einfach nur bitter, wie wenig die Bundesregierung im wahrsten Sinne des Wortes für arme Menschen übrig hat“, so Schneider.

PARITÄTISCHES PROJEKT

GEGEN DIE DISKRIMINIERUNG VON INTER* UND TRANS*

Der Paritätische Gesamtverband setzt bis Jahresende gemeinsam mit dem Bundesverband Trans* und dem Paritätischen Bildungswerk Bundesverband das vom BMFSFJ geförderte Projekt „Geschlechtliche Vielfalt & diskriminierungsfreie Teilhabe: Fort- und Weiterbildungsangebote zu inter* und trans*-Beratung im Paritätischen“ um.

Im Rahmen des Projekts sollen die Beratungskompetenz zu inter* und trans* Themen in den Paritätischen Strukturen schrittweise ausgebaut und neue potentielle Multiplikator*innen geschult werden. Ziel ist hier der sukzessive Ausbau von Beratungskompetenz in allen Feldern der sozialen Arbeit. Hierfür werden Online-Seminare angeboten. Die durch die Schulungen erzielten Ergebnisse bzw. die dabei gesammelten und reflektierten Erfahrungen (Feedback) sollen als Diskussionsgrundlage dafür dienen, einen innerverbandlichen Prozess anzuregen, wie entsprechende Beratungsstandards zu queeren Themen in den Beratungsalltag integriert werden können.

Die Online-Seminare finden im 4. Quartal 2020 statt. Informationen hierzu erhalten Sie über Katrin Frank, Referentin Familienhilfe/-politik, Frauen und Frühe Hilfen faf@paritaet.org

BUCHREZENSION

KAPITALISMUS ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE SOZIALE ARBEIT?

Der kürzlich im Beltz erschienene Sammelband „Soziale Arbeit im Kapitalismus“ setzt sich mit Grundsatzfragen des Zusammenhangs von kapitalistischer Produktionsweise und Sozialer Arbeit auseinander. Ist soziales und kapitalistisches Handeln ein Widerspruch? Das ist die Hauptfrage des Buches, welches Hans-Uwe Otto herausgegeben hat. Dr. Andreas Aust hat das Buch rezensiert.

Ist die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus eine sinnvolle und hilfreiche Aufgabe für die Soziale Arbeit? Der Sammelband von Hans-Uwe Otto wirbt dafür sich aus der Perspektive der Sozialen Arbeit wieder der Thematik des Kapitalismus zuzuwenden. Der 200. Geburtstag von Karl Marx bot den Anlass genauer auszuloten, was die kapitalistische Verfasstheit der Ökonomie für die Soziale Arbeit bedeutet. Was folgt aus der spezifischen Wirtschaftsweise des Kapitalismus für die Funktionen, das Selbstverständnis, die Handlungsziele, -weisen und -bedingungen sowie die innere Organisation der Profession?

Auch zwei Vertreter des Paritätischen dabei

Dazu bringt der Sammelband unter der Herausgeberschaft von Hans-Uwe Otto insgesamt 26 Autorinnen und Autoren zusammen, die auf über 400 Seiten ihre jeweiligen Perspektiven einbringen. Gemeinsam ist den Beiträgen offenkundig die kritische Haltung gegenüber dem Kapitalismus, der zumindest im partiellen Widerspruch zu den Zielen einer emanzipatorischen Sozialen Arbeit gesehen wird. Mit dem Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider (zu: Soziale Arbeit im Neoliberalismus) und dem Abteilungsleiter Joachim Rock (zu: Armut und Gewalt) sind zwei Vertreter des Paritätischen in dem Band vertreten.

Der Band gliedert die Beiträge in drei Teile: gesellschaftstheoretische Verortung, professionspolitische Positionen und politische Herausforderungen. Soziale Arbeit ist danach zwar Bestandteil des Kapitalismus und insofern auch auf kapitalistische Funktionserfordernisse (etwa: Herstellung und Reproduktion der Ware Arbeitskraft) bezogen. Gleichzeitig ist Soziale Arbeit selbst nicht kapitalistisch organisiert. Es finden sich - zumindest traditionell - keine profitorientierten Unternehmen, die auf einem Markt Dienstleistungen an Kunden verkaufen (bei Otto/Ziegler: non-kapitalistische Soziale Arbeit). Beschäftigung wird in der Sozialen

Arbeit zwar vorwiegend als Lohnarbeit organisiert; der teilweise prekäre Charakter der Beschäftigung in diesem Bereich ist aber nicht begründet durch den Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit, sondern durch die unzureichende Finanzausstattung des Bereichs durch die öffentliche Hand. Soziale Arbeit ist insoweit Teil des Sozialstaats und damit einerseits den fiskalischen Restriktionen des (Steuer-)Staates im Kapitalismus unterworfen (dazu insbesondere: Wohlfahrt), andererseits aber über demokratisch verfasste Politik auch nach normativ gesetzten Zielen gestaltbar. Mit dem allgemeinen Siegeszug des Neoliberalismus wurde von der Politik auch auf dem Feld der Sozialen Arbeit ein grundlegender Wandel durchgesetzt. Mit der Öffnung für profitorientierte Anbieter, der Einführung betriebswirtschaftlicher Managementkonzepte und neuer Steuerungsinstrumente wurden Ideen des Kapitalismus dem Sozialbereich aufgenötigt (insbesondere Schneider, Burmester, Wohlfarth / Ziegler). Wohlfahrtspflege mutiert in der Konsequenz teilweise auch in der Selbstbeschreibung zur Sozialwirtschaft, in der in Menschen investiert wird um einen gesellschaftlichen Mehrwert zu erzeugen. Möhring-Hesse erkennt in einem bemerkenswerten Beitrag in dieser Entwicklung bereits die Durchsetzung eines „neuen Geistes“ des Kapitalismus, der den Charakter der Freien Wohlfahrtspflege grundlegend verändert.

Anregend, aber auch voraussetzungsvoll und anstrengend

Angestrebt wird durch das Buch eine Debatte über das professionelle Selbstverständnis der Sozialen Arbeit unter den Bedingungen einer kapitalistischen Wirtschaft. Die Beiträge regen zu einer solchen Verständigung an. Allerdings ist das Buch offenkundig primär für ein akademisches Publikum geschrieben und dementsprechend voraussetzungsvoll. Die Lektüre ist streckenweise anstrengend. Wer aber eine gehaltvolle Auseinandersetzung über das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit im Kapitalismus führen will, sollte die Mühen nicht scheuen und das Buch studieren.

Dr. Andreas Aust ist Referent für Sozialpolitik in der Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes



WEITERE INFOS

Hans - Uwe Otto (Hrsg.): Soziale Arbeit im Kapitalismus. Gesellschaftstheoretische Verortungen, Professionspolitische Positionen, Politische Herausforderungen. Weinheim / Basel: Beltz Juventa 2020. 425 Seiten.

WIE KUNST EIN ZUHAUSE FÜR OBDACHLOSE SCHAFFT: DER HOUSING-FIRST-FONDS

Housing-First – so nennt sich ein vielversprechender Ansatz in der Wohnungslosenhilfe, der in Deutschland aber noch wenig zur Anwendung kommt. Er setzt das was Betroffene mit am dringendsten benötigen an die erste Stelle: Eine Wohnung. Ein richtiges Zuhause. Dann wird alles Weitere mit sozialarbeiterischer Unterstützung in Angriff genommen. Das Gemeinschaftsprojekt „Housing-First-Fonds“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands NRW und seiner Mitgliedsorganisation Asphalt e.V./ fiftyfifty aus Düsseldorf, bringt den Ansatz in Nordrhein-Westfalen zu einer breiteren Anwendung. Finanziert wird der Ankauf der Wohnung auf eher ungewöhnliche Art und Weise: Über den Verkauf großer Kunst.

Zahl der Obdachlosen steigt

Die Zahl der von Obdachlosigkeit Betroffenen in ganz Deutschland steigt seit Jahren. Die Gründe sind so vielfältig wie die Biographien Betroffener: Trennungen, Tod von Familienmitgliedern, psychische Probleme, Sucht oder sonstige Schicksalsschläge die zu Geldsorgen führen – gerät das Leben aus den Fugen und ist die Wohnung erst einmal weg, ist der Weg zurück schwer. Gerade in großen Städten ist der Mietmarkt umkämpft: Vermieter*innen haben die freie Auswahl unter solventen Mieter*innen - Obdachlose haben kaum eine Chance. Bestehende Probleme verschlimmern sich durch die Lebensumstände. Der Unterschlupf in einer Notunterkunft ist genau das – nur eine Notlösung. Selbst wenn alles klappt und eine normale Wohnung in Aussicht steht, scheitert der Sprung oft am Mietmarkt.

Zuerst die Wohnung

Hier setzt Housing-First an. Der aus den USA stammende Ansatz kehrt das Vorgehen um: Als erstes bekommen Betroffene eine Wohnung mit einem unbefristeten Mietvertrag, mit allen Rechten und Pflichten. Sozialarbeiterische Hilfen stehen ihnen dabei wohnbegleitend zur Seite. Betroffene können zur Ruhe kommen und ihre Angelegenheiten mit Unterstützung regeln. Das Konzept bietet viele Vorteile – kommt in Deutschland aber bislang wenig zur Anwendung. Um das zu ändern startete der Paritätische Wohlfahrtsverband NRW zusammen mit seiner Mitgliedsorganisation Asphalt e.V./fiftyfifty aus Düsseldorf im November 2017 das Gemeinschaftsprojekt „Housing-First-Fonds“.

Vereine der Wohnungslosenhilfe werden zu Vermietern

Das Interesse an der Umsetzung des Ansatzes ist in der Wohnungslosenhilfe groß, oft mangelt es sozialen Vereinen aber am



nötigen Kapital um selbst Wohnungen zu kaufen und so zum Vermieter zu werden. Hier gibt der Housing-First-Fonds Start-hilfe. Auf die Mittel des Fonds können sich Vereine der Wohnungslosenhilfe aus NRW bewerben. Sie bekommen 20 Prozent des Ankaufspreises einer Immobilie aus dem Fonds geschenkt. Dies entspricht dem Eigenkapitalanteil, der meist für eine Finanzierung durch eine Bank vorausgesetzt wird. Auch Umbau- und Nebenkosten können aus dem Fonds gestellt werden. Darüber hinaus stellt das Projekt den Teilnehmer*innen eine fachliche Weiterbildung zur praktischen Umsetzung von Housing-First zur Verfügung. Das Konzept überzeugte auch das Land NRW: Die Projektdurchführung wird durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW noch bis Ende November 2020 gefördert.

Kunst wird zu Wohnraum

NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann stellte den Housing-First-Fonds im Landtag der Presse vor. Dabei wurde auch die Finanzierung des Fonds präsentiert – dieser speist sich aus eher ungewöhnlichen Mitteln: Über den Verkauf von Kunst. Gerhard Richter, einer der gegenwärtig höchstgehandelten Künstler weltweit, spendete dem Projekt eine Sonderedition. 18 Kunstdrucke seiner abstrakten „Cage“ Reihe, im Gesamtwert von ca. 1,2 Millionen Euro, stehen für den Fonds zur Verfügung. fiftyfifty verkauft die Werke über die eigene Benefizgalerie. Der Verein brachte in Sachen Kunst und Umsetzung von Housing-First Erfahrungswerte in das Projekt ein. Ein Großteil seiner Arbeit finanziert er über Kunstspenden, auch die eigene Umsetzung von Housing-First. Nach der Pressevorstellung des Projekts im Landtag waren die ersten Werke schnell vergriffen und der Fonds gut gefüllt – was schon über 20 Kooperationspartnern quer durch NRW zugute kam. So konnte bislang Wohnraum für fast 60 Menschen geschaffen werden, die schon jahrelang keine Aussicht auf eine normale Wohnung hatten. Es sollen noch mehr werden.

[Aktuelle Infos, Entwicklungen, Kooperationsbedingungen und die Übersicht über alle Projektpartner im Projekt:](#)
www.housingfirstfonds.de

Mona Monsieur ist beim Paritätischen NRW für die Öffentlichkeitsarbeit im Projekt Housing-First-Fonds zuständig mit Dienstsitz bei fiftyfifty in Düsseldorf.

[Den vollständigen Artikel finden Sie im Blog auf \[www.wir-sind-paritaet.de\]\(http://www.wir-sind-paritaet.de\)](#)

AUFATMEN BEI KLEINEN KREBSBERATUNGSSTELLEN

Fast hätte es das Aus bedeutet: Ausgerechnet durch eine neue Finanzierungsform hätten viele Beratungsstellen, die eine Anlaufstelle für Menschen mit einer Krebserkrankung sind, schließen müssen. Denn diese Finanzierung durch die Krankenkassen bekämen nach ursprünglicher Planung nur Krebsberatungsstellen mit mindestens zwei Mitarbeiter*innen. Der Paritätische Gesamtverband und der Paritätische NRW protestierten – mit Erfolg. Wir dokumentieren diesen Vorgang.

Krebsberatungsstellen sind ein sehr wichtiges Versorgungsangebot. Aber ihre Existenz und ihre Finanzierung sind nicht grundsätzlich abgesichert. Um dies zu ändern, verpflichtete der Gesetzgeber im vergangenen Jahr die Krankenkassen dazu, Krebsberatungsstellen mit 21 Millionen Euro im Jahr zu fördern. Diese Ankündigung führte dazu, dass mancherorts andere öffentliche Geldgeber, wie z. B. Kommunen ihren bisherigen Finanzierungsbeitrag strichen.

Anfang Juli stellte sich heraus, dass die Krankenkassen Kriterien zur Vergabe der Fördermittel erstellt hatten, die über die Hälfte der bestehenden Beratungsstellen von einer erfolgreichen Antragstellung ausgeschlossen hätten. Daraufhin meldete sich der Paritätische zu Wort und machte auf die Gefahr aufmerksam, dass die Schließung von einer Vielzahl an Beratungseinrichtungen drohe. Dies brachte insbesondere das Bundesgesundheitsministerium auf den Plan. Und es kam Bewegung in die Sache. Schnell war klar: auch kleine bestehende Beratungsstellen müssen die

Chance erhalten, gefördert zu werden. Am 11. August bestand endlich Klarheit. Der GKV Spitzenverband veröffentlichte einen Zusatz zu den bestehenden Förderkriterien. Damit gibt es nun für die ersten drei Förderjahre keine „Mindestgröße“ mehr mit Blick auf die Anzahl der Beschäftigten in einer Beratungsstelle. Dies bedeutet aber auch, dass absehbar ist, dass die gleiche Problematik zeitversetzt wieder akut werden wird. Wenn es in den kommenden Jahren nicht gelingt, dass kleine Beratungsstellen durch Mittel von weiteren Geldgebern, ihr Angebot erweitern können, werden Sie ab dem Jahr 2023 keinen Zugang mehr zu den Fördergeldern der Krankenkassen erhalten.

Wichtig ist daher auch, dass in dem nun veröffentlichten Dokument der Spitzenverband konkretisiert, unter welchen Bedingungen sich kleine Beratungsstellen gemeinsam im Verbund um Fördermittel bewerben können. Ein weiterer Pluspunkt: auch die Frist für die Antragsstellung für eine rückwirkende Förderung für die Zeit ab dem 1.1.2020 wurde verlängert.

Nach diesem wichtigen Erfolg geht das Ringen nun weiter. Denn bei der Förderung durch die Krankenkassen handelt es sich nur um eine 40%ige Finanzierung. Weitere verlässliche Geldgeber sind daher dringend erforderlich. Diskutiert wird beispielsweise eine mögliche verbindliche Beteiligung durch die Rentenversicherung. Wichtig wird weiterhin auch eine Unterstützung durch Länder und Kommunen bleiben. Wir machen uns auch weiterhin für die Interessen der Krebsberatungsstellen stark, damit Sie Krebspatient*innen und ihren Angehörigen zur Seite stehen können.

**Verena Holtz ist Gesundheitsreferentin
beim Paritätischen Gesamtverband**

Immer aktuell!

**Der Paritätische
Newsletter**

**Jetzt anmelden auf
der-paritaetische.de/newsletter**



AUCH IN CORONAZEITEN EIN ABSOLUTES MUST- HAVE: DIE INKLUSIVE GESELLSCHAFT

Eine inklusive Gesellschaft, die jedem und jeder Einzelnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht, scheint in Zeiten der Pandemie fast unwirklich. Denn in den letzten Monaten haben fast alle Menschen erlebt, wie es sich anfühlt, wenn Teilhabe nur eingeschränkt möglich ist. Umso wichtiger ist es, weiterhin den Ausbau der inklusiven Gesellschaft voranzubringen.

Seit vielen Jahrzehnten kämpfen Menschen mit Beeinträchtigungen und psychischen Erkrankungen gegen Stigmatisierung und für ihr Recht auf Selbstbestimmung – mit einigem Erfolg. Trotzdem mussten sie in den vergangenen Monaten erleben, dass sie nicht gesehen und nicht berücksichtigt wurden und dem Handeln anderer massiv ausgeliefert sind. Viele fühlten sich um Jahre zurückversetzt.

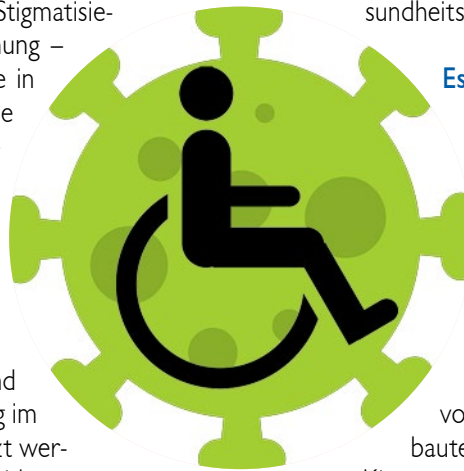
Zu Beginn der Pandemie war der Mangel an Schutzausrüstung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in aller Munde. Der Bedarf in besonderen Wohnformen und von Personen, die in der eigenen Wohnung im Alltag und bei der Körperpflege unterstützt werden, blieb weitgehend unsichtbar. Schutzkleidung wurde aber auch dort benötigt. Zur Eindämmung der Pandemie wurden Verordnungen erlassen, die auf die verschiedenen Wohnformen, in denen behinderte Menschen leben, praktisch kaum anwendbar waren. Wer mit Beeinträchtigung oder psychischer Erkrankung auf der Straße lebt, hatte gar nicht die Möglichkeit, Hygienevorgaben einzuhalten. Zusätzlich war es plötzlich verboten, sich mit anderen wohnungslosen Menschen zusammenzufinden.

Behinderte Menschen oft nicht mitgedacht

Wenn Entscheidungen getroffen werden mussten, so geschah das zudem in der Regel über den Kopf von Menschen mit Behinderung hinweg. Der alte Slogan: „Nichts über uns ohne uns“ war komplett außer Kraft gesetzt. Und bis Informationen über das Virus und die damit verbundenen politischen Entscheidungen z.B. in Gebärdensprache und Leichter Sprache zur Verfügung stan-

den, ging Zeit ins Land. Dass sie überall Verbreitung fanden, darf bezweifelt werden. Natürlich ist es nicht möglich, alle zu beteiligen, wenn es darum geht, in einer Krise schnell handlungsfähig zu sein. Und es wurden nicht nur die Grundrechte behinderter und psychisch erkrankter Menschen eingeschränkt. Es stellt sich aber immer die Frage, wie begründungsbedürftig so etwas erscheint. Und zu welchem Zeitpunkt und in welchem Rahmen bestehende Beteiligungsstrukturen zu einem späteren Zeitpunkt noch eingebunden werden.

Mit Blick auf das Virus selbst kam bei vielen behinderten und chronisch erkrankten Menschen die Angst vor Ansteckung und vor sozialer Isolation noch dazu – kein Wunder, so wurde zwischenzeitlich debattiert, man solle diejenigen isolieren, die der sogenannten Risikogruppe angehören und für alle anderen die Einschränkungen schneller aufheben. Gleichzeitig betraf das Gefühl, auf das verantwortliche Handeln aller angewiesen zu sein, viele Menschen mit Beeinträchtigung – ähnlich wie ältere Menschen – besonders stark. Unter dem Hashtag Öffnet externen Link in neuem Fenster #Risikogruppe forderten die Aktivist*innen Laura Gelhaar, Raul Krauthausen und andere zu Solidarität auf: „Worauf wir keinen Bock haben, ist sterben. Genau das ist aber gar nicht so unwahrscheinlich, wenn du nicht einfach die nächsten Wochen zuhause bleibst und deinen sozialen Aktionsradius für ein paar Wochen einschränkst.“ Dass diese Ängste existentiell waren, ist sehr verständlich, wenn man sich an die Diskussion um möglicherweise begrenzte Ressourcen im Gesundheitssystem erinnert.



Es gibt noch viel zu tun

Schon dieser kurze Blick auf die Situation behinderter und psychisch erkrankter Menschen in den letzten Monaten macht deutlich: Wenn es ernst wird, fallen sie durchs Raster, Inklusion wird zum Add-on. Wie wenig das Bewusstsein über die Rechte behinderter Menschen im politischen Handeln verankert sind, zeigt auch ein Blick auf das Konjunkturpaket der Bundesregierung von Anfang Juni. Gerade wenn Um- und Neubauten gefördert werden, wie bei Krippen und Kitas, wäre es möglich gewesen, Barrierefreiheit als Förderkriterium zu verankern. Diese Chance wurde vertan. Wenn die Bundesregierung in die „Modernisierung des Landes“ investiert, beschränkt sich der Begriff „Nachhaltigkeit“ auf ökologische Fragen. Was also tun, welche Lehren lassen sich ziehen? Noch lässt sich diese Frage kaum beantworten. Sicher sind aber mindestens zwei Dinge: Die Antworten müssen zu großen Teilen von denen kommen, die mit einer Beeinträchtigung oder psychischen Erkrankung leben. Weil es sie betrifft. Und zweitens: Nur weil ein Ziel noch nicht erreicht ist, sollte man nicht umkehren. Die UN-Behindertenrechtskonvention garantiert das Recht auf Selbstbestimmung, auf Barrierefreiheit, auf inklusive Bildung, das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt mit Arbeit zu verdienen und vieles andere mehr. Eine Pandemie ändert daran nichts.

Carola Pohlen, Referentin für Behinderten- und Psychiatriepolitik beim Paritätischen Gesamtverband

LETZTER TAG FÜR CLAUS HELMERT



Unser Finanzdirektor hatte am Donnerstag, den 30. Juni 2020 seinen letzten Arbeitstag und ist nun in Rente. Ulrich Schneider fand persönliche Worte (nicht nur) auf Facebook: „Kaum zu fassen. Nach 43 (!) Jahren hauptamtlicher Tätigkeit war unser lieber Kollege Claus Helmert (links im Bild) heute zu seinem letzte Arbeitstag in der Hauptgeschäftsäftsstelle. Eine echte Paritätische Bilderbuchkarriere: vom Zivildienstleistenden, als der er 1977 einstieg, zum Finanzdirektor, als der er jetzt in die verdiente Rente geht. Paritärer durch und durch. Ich will gar nicht erst versuchen, hier zu posten, was wir ihm alles zu verdanken haben und wie wir ihn vermissen werden. Mach's gut Claus! Und Dir, lieber Joachim Hagelskamp (rechts im Bild), viel Glück und Erfolg in der Nachfolge! Nach 29 Dienstjahren kennst Du den Laden ja auch schon ein bisschen.“

Am 23. Juni diskutierte unser Hauptgeschäftsführer mit Bundeskanzlerin Angela Merkel per Videochat. Ulrich Schneider war geladen als Mitglied einer Delegation der Klimaallianz. Intensiv wurde das Thema „Anforderungen an die sozial-ökologische Wende“ diskutiert. Dabei machte Schneider im Gespräch mit Angela Merkel deutlich, dass Klimapolitik nur mit einer guten Sozialpolitik einhergehen kann und beides nicht voneinander getrennt werden darf. Bei der Konferenz entstand dieses für Corona-Zeiten typische Erinnerungsfoto.



VIDEOCHAT MIT KANZLERIN

ULRICH SCHNEIDER IN ULM



Corona macht erfinderisch. Auf einer Freiluftveranstaltung auf dem Ulmer Marktplatz am 8. August diskutierte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider über Armut in einer reichen Region. „Es war brüllend heiß und trotzdem gut gefüllt“, freute sich Schneider. In seinem Redebeitrag machte er klar: Niemand darf vergessen werden, erst recht nicht in einer reichen Region wie Ulm.

16.758.000 MASKEN

Das ist die großzügen Spende des deutschen Chemieunternehmens BASF an den Paritätischen, um diese in sozialen Einrichtungen zu verteilen, wo besonders anfällige und vorerkrankte Personen und Mitarbeiter*innen einem hohen Risiko ausgesetzt sind.

Das macht 30 LKWs voll mit den wichtigen Masken, die nun viele Menschen vor einer Erkrankung mit Covid-19 bundesweit schützen können. Der Paritätische mit seinen Landesverbänden übernahm diese Logistik-Aufgabe gern. Der ASB Hannover unterstützte bei der Auslieferung.

Überall in Deutschland waren im August Paritätiker*innen unterwegs, um die Einwegmasken zu verteilen. Jetzt können Maskenmuffel sich nicht mehr herausreden.



FOTOWETTBEWERB 2021 MENSCH ARBEIT HANDICAP

Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben:

Erneut lädt die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW)

Fotoschaffende zur Auseinandersetzung mit diesem Thema ein. Der Wettbewerb leistet einen Beitrag zur Inklusion und damit zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Ausgelobt sind Preisgelder von insgesamt 22.000 Euro.

Teilnahme: 31.07. bis 30.11.2020

www.bgw-online.de/fotowettbewerb

HARTZ IV UND DER TAG GEHÖRT DIR?

So räumt die Kampagne "Hartzfacts" mit Vorurteilen auf

Das System Hartz IV ist geprägt von einem negativen Menschenbild, um das sich Vorurteile und Mythen ranken. Gemeinsam mit dem Verein Sanktionsfrei hat der Paritätische Anfang Juli deshalb eine Info-Kampagne gestartet. Das Ziel: Aufklären, Betroffenen den Rücken stärken und politisch Druck machen für ein menschenwürdiges Existenzminimum.

Wussten Sie, dass drei von vier Menschen im Hartz IV-System gar nicht arbeitslos sind? Sie sind erwerbstätig und stocken auf oder stehen dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung - zum Beispiel wegen Erziehung kleiner Kinder, Pflege von Angehörigen oder Absolvierung von Maßnahmen. Die gemeinsame Kampagne "Hartzfacts" vom Paritätischen und dem Verein Sanktionsfrei stellt gängigen Vorurteilen über Hartz IV Fakten wie diesen entgegen. Auf der eigens für die Kampagne erstellten Webseite hartzfacts.de kann jede*r ihr Wissen über Hartz IV testen und mehr darüber erfahren, was es bedeutet, auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Mit der Kampagne wollen wir aber nicht nur mit Vorurteilen aufräumen, sondern auch Druck machen, damit sich Fakten - wie die mageren 1,12€ für Bildung im Regelsatz - ändern. Denn wir sind der Überzeugung: Unser Sozialsystem sollte Menschen absichern und nicht verunsichern. Gemeinsam fordern wir eine menschenwürdige, sanktionsfreie und bedarfsdeckende Grundsicherung.

Um unserem Anliegen Nachdruck zu verleihen, haben wir online und offline auf "Hartzfacts" aufmerksam gemacht: So waren an S- und U-Bahnhöfen in zehn deutschen Städten zehn Tage lang Großplakate mit unserem Kampagnenmotiv zu sehen. Eine Druckvorlage für A2 und A3-Poster in diesem Stil stellen wir übrigens gerne zur Verfügung! Und während wir im Gesamtverband zum Kampagnenstart zu unserer ersten virtuellen Pressekonferenz luden, nahm der Landesverband Baden-Württemberg die Kampagne zum Anlass für seine erste reale Pressekonferenz nach coronabedingter Pause. Viele Rückmeldungen von Betroffenen zur Kampagne haben noch einmal den Handlungsbedarf unterstrichen. Wir bleiben dran und werden uns auch in Zukunft für eine Grundsicherung einsetzen, die echte Teilhabe ermöglicht.

Weitere Infos auf www.hartzfacts.de

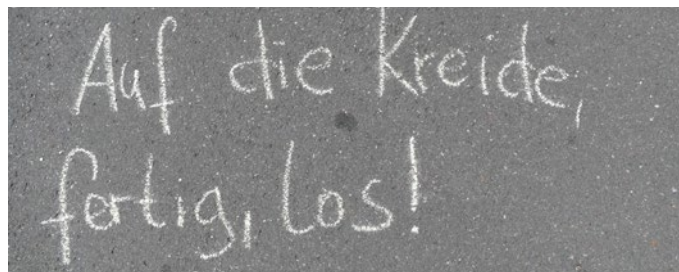


#GEMEINSAMEKREIDEZEIT

Was bedeutet Gemeinschaft für euch? Diese Frage haben wir Mitte August unseren Mitgliedsorganisationen gestellt. Die Antwort wollten wir nicht per Mail, als Kommentar, oder per Post, nein wir wollten viele bunte Bilder! Also hieß es „Auf die Kreide, fertig, los“. Unter den Hashtags #gemeinsameKreidezeit und #WirSindParität wurden und werden seitdem Kreidebilder auf Social Media gepostet. Und jede Mitgliedsorganisation und Person, die teilnimmt, hat gleich weitere Paritätische Einrichtungen, Personengruppen und Vereine markiert und nominiert nachzuziehen.

Alle Bilder können in der Facebook Bildergalerie auf der Fanpage des Gesamtverbandes angesehen werden und sind auch auf der Social Wall unter www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/digitalisierung/socialmediakampagnen zu finden.

Die #gemeinsameKreidezeit war eine schöne #WirSindParität-Aktion mit vielen bunten Bildern, tollen Botschaften und vor allem ganz viel Gemeinschaftsgefühl. Und wer jetzt Lust bekommen hat, auch noch die bunte Kreide zu schwingen – nix wie los: Es kann gar nicht bunt genug sein im Netz und ob Sommer oder Herbst: Gemeinschaft zählt das ganze Jahr.



WAS IN DIGITALEN VERANSTALTUNGEN BESSER FUNKTIONIERT ALS BEI ANALOGEN

Allen, die in nächster Zeit vor der Herausforderung stehen, selbst größere Fachtagungen, Klausurtagungen und ähnliches organisieren zu müssen, weil eine Präsenzveranstaltung noch keine Option ist, möchten wir Mut machen.

Wir alle haben im letzten halben Jahr Erfahrungen mit Videokonferenzen gesammelt – sei es bei dienstlichen Meetings, die aus dem Homeoffice heraus virtuell stattfanden oder dem familiären Geburtstagsvideochat, der die persönliche Feier auf Grund coronabedingter Kontaktbeschränkungen ersetzen musste. Vermutlich haben wir alle dabei auch technische Pannen erlebt – instabile Internetleitungen, Ton- oder Bildprobleme, Menschen flogen aus Leitungen oder konnten sich gar nicht erst einwählen. Im Paritätischen Gesamtverband haben wir in den vergangenen Monate Bewerbungsgespräche und selbst Pressekonferenzen zwangsläufig virtuell abhalten müssen, wir haben mehrtägige Fachtage, Teamklausuren und Arbeitskreissitzungen per Videokonferenz organisiert. Wir haben dabei nervenaufreibende Pannen erlebt, aber auch sehr viele sehr positive Erfahrungen gemacht, vor allem aber haben wir viel gelernt.

Hier 10 unschlagbare Vorteile von digitalen Veranstaltungen:

- Die Location kostet kaum etwas und steht zu jedem Wunschtermin offen. Alle Videokonferenzanbieter haben vergleichbare Funktionen – ein Testlauf vorher ist trotzdem obligatorisch. Eine Veranstaltungslocation schaut man sich ja auch vorher an.
- Durch die zeitliche Flexibilität, die man gewinnt, sind Terminabsprachen auch mit begehrten Referent*innen deutlich unkomplizierter.



- Aufwändige Workshop-Anmeldungen erübrigen sich. Workshops dürfen digital ruhig ungleich besetzt sein: der Bildschirm wirkt nie zu leer oder zu voll – für Referent*innen oder Moderator*innen eine angenehme Situation.
- Fluktuation im Laufe des Tages und vorzeitiges Verschwinden von Teilnehmenden ist auch kaum ein Risiko: die, die da sind, sind die Richtigen. Und der virtuelle Konferenzsaal wird nie peinlich leer wirken.
- Teilnehmende sind selbst verantwortlich für ihre „Namensschilder“ und das alles richtig geschrieben ist. Die Moderation kann Teilnehmer*innen so direkt und namentlich ansprechen und aktivieren (oder im Falle von Störungen „stumm schalten“).
- Kleingruppenarbeit und -austausch ist ohne lange Wegezeiten zu organisieren und in den Ablauf zu integrieren. Kein aufwendiges Auslösen, einfach ab in „Breakoutrooms.“
- Direktes Feedback ist viel leichter einzuholen. Mal im Ernst, wie viele der Feedbackbögen kommen je zurück? Einfach alle zum Schluss noch mal für 10 Minuten in Kleingruppen schicken, damit diese sich berichten, was sie gelernt haben und danach um Feedback im Chat bitten.
- Zu empfehlen sind Orga- und Moderationsteams von mindestens 3 Personen (wie bei den Pfadfindern: wenn eine*r technische Probleme hat, kann der zweite einspringen und der dritte organisiert Hilfe). Das zwingt zu detaillierter Vorbereitung, sorgt für gut durchdachte Konzepte – und verteilt die Gastgeberlast auf mehreren Schultern.
- Die Dokumentation ist viel unkomplizierter: Videomitschnitte sind kein Problem, Referent*innen können ihre Präsentationen gleich hinterlegen, virtuelle Flipcharts sind sofort weiter zu verarbeiten – was fehlt, sind Fotos, aber für einen Screenshot zum Schluss (mit allen, die es wollen) ist immer noch Zeit.
- Last but not least: Digitale Veranstaltungen brauchen kein Hygienekonzept und erleichtern die Vereinbarkeit.

Mehr Tipps und Handreichung im Webzeugkoffer unter www.der-paritaetische.de/webzeugkoffer

#BILDFÜREUCH

Wir zeigen, was uns wichtig ist: In der ersten Septemberwoche starten wir die Kampagne #BildFürEuch, eine Fotoreihe mit außergewöhnlichen Motiven, die die Perspektive der Klient*innen sozialer Arbeit in den Fokus stellt. Ziel ist es, Klient*innen zu entstigmatisieren, die Systemrelevanz unserer Paritätischen Mitgliedsorganisationen zu illustrieren und auch auf Social Media Paritätische Vielfalt zu zeigen. Alle Beiträge werden mit den Hashtags #BildFürEuch und #WirSindParität gepostet. In dem Posting auf Facebook, Instagram und/ oder Twitter sollen dann mindestens drei weitere Paritätische Mitgliedsorganisationen nominiert werden, um die Aktion durch die ganze Paritätische Familie zu tragen.

Die Bilder dürfen überraschend und gerne ungewöhnlich sein, sie sollen aus der Praxis und von den Klient*innen selbst ge-

macht werden. Alles ist möglich, was Klient*innen uns zeigen möchten. Beispiele könnten sein der Schlüssel zur ersten eigenen Wohnung, Ausblick aus dem Wünschewagen, Teller mit warmen Essen, der erste Arbeitsvertrag, ein gemeinsamer Spaziergang und und und. Wichtig ist, dass, das Bild einen positiven Perspektivwechsel darstellt.

Wenn Sie mit Ihrer Organisation dabei sein wollen, aber beim Fotografieren für Social Media noch Unterstützung brauchen, haben wir eine Unterseite auf unserer Website eingerichtet. Neben Handreichungen und Videotutorials, werden im September auch Online Workshops zum Thema „Smartphonefotografie für Social Media“ stattfinden. Alle Infos und Termine gibt es dort:

WWW.DER-PARITAETISCHE.DE/SCHWERPUNKT/DIGITALISIERUNG/SOCIAL-MEDIA-KAMPAGNEN/

NEU ERSCHIENEN

Der Zugang zur Berufsausbildung und zu den Leistungen der Ausbildungsförderung für junge Flüchtlinge und junge Neuzugewanderte



Die Leistungen der Ausbildungsförderung sind ein wesentliches Instrument zur Ermöglichung sozialer und ökonomischer Teilhabe. Zugleich ist die Förderung einer Ausbildung eine wichtige Voraussetzung zur nachhaltigen Gewinnung qualifizierter Fachkräfte.

Mit dem im Sommer 2019 beschlossenen Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung soll Menschen mit einer Duldung ein rechtssicherer Aufenthalt ermöglicht und eine Bleibeperspektive aufge-

zeigt werden. Weiterhin soll das im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel der bundesweit einheitlichen Anwendung der Ausbildungsduldung sichergestellt werden. Ob und wie das gelingen wird, muss abgewartet werden.

Die vorliegende Arbeitshilfe erscheint nach den zahlreichen Gesetzesänderungen der vergangenen zwei Jahre nun in 3. Auflage und soll vor allem Berater*innen, die junge zu uns kommende Menschen auf dem Weg in eine Ausbildung begleiten, dabei unterstützen, einen schnellen Überblick über mögliche Unterstützungsangebote sowie die ausländerrechtlichen Voraussetzungen für die Leistungen der Ausbildungsförderung zu gewinnen. Die relevanten Rechtsänderungen ergeben sich insbesondere aus dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz, das zum 01.08.2019 in Kraft getreten ist, sowie aus dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung. Neben der Personengruppe der jungen Menschen, die zu uns geflüchtet sind, nimmt die Arbeitshilfe auch die Zugänge junger Unionsbürger*innen in den Blick, die im Rahmen ihres Rechts auf Freizügigkeit zu uns kommen.

In Teil 1 der Broschüre wird ein Überblick über ausgewählte Förderinstrumente und ausbildungsfördernde Leistungen sowie weitere mögliche Unterstützungsangebote seitens der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter gegeben. In Teil 2 werden die ausländerrechtlichen Voraussetzungen zur Ausbildungsförderung je nach Aufenthaltsstatus einer Person dargestellt und mit Praxistipps, Beispielen und Hintergrundinfos angereichert. In Teil 3 sind hilfreiche Links aufgeführt.

WEITERE INFORMATIONEN

Diese und weitere Broschüren auf www.paritaet.org!

Sprachmittlung in der Migrations- und Flüchtlingsberatung

Von den Beratungsangeboten der über 10.000 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen werden viele auch von Ratsuchenden wahrgenommen, deren Deutschkenntnisse keine Kommunikation in dieser Sprache ermöglichen. Ohne eine sprachliche Verständigung zwischen Beratenden und Ratsuchenden gelingt jedoch kein Beratungsgespräch. Dank der vielfältigen sprachlichen Kompetenzen der Fachkräfte der Migrationssozialarbeit kann die Beratung häufig in der Muttersprache der Ratsuchenden erfolgen. Die Migrationsprozesse der letzten Jahre haben jedoch die Heterogenität der Zielgruppe erhöht. Damit ist auch der Bedarf an Unterstützung durch Sprachmittler*innen gestiegen. Der Paritätische hat daher 2018 das Positionspapier „Sicherstellung der Sprachmittlung als Voraussetzung für Chancengleichheit beim Zugang zu Sozialleistungen“ verabschiedet, in dem er ausführlich darlegt, welche rechtlichen, finanziellen, qualitativen Rahmenbedingungen gegeben sein müssen, um eine Sprachmittlung im Bereich der gesundheitlichen Versorgung, bei der Inanspruchnahme sozialer Leistungen zu gewährleisten.

Beratungsgespräche erfolgen üblicherweise zwischen den Beratenden und den Ratsuchenden. Die Mitwirkung von Sprachmittler*innen als Dritte verändert diese Situation jedoch. Die Haltung oder das Verständnis der eigenen Rolle im Beratungskontext, die persönlichen Erfahrungen und Kompetenzen oder die Beziehung der Sprachmittler*innen zu Berater*innen und Klient*innen können dann eine große Auswirkung für den Verlauf und den Erfolg eines verdolmetschten Beratungsgesprächs haben. Ob die Verdolmetschung eines Beratungsgesprächs erfolgreich verläuft, hängt auch von den Berater*innen ab. Von der Entscheidung, wer für die Sprachmittlung herangezogen wird, über eine für dieses Setting geeignete Gesprächsführung bis hin zur entsprechenden Reflexion und Qualitätssicherung können Fachkräfte der Migrationssozialarbeit die Bedingungen für das Gelingen von Sprachmittlung positiv beeinflussen. Voraussetzung dafür ist jedoch ein gutes Verständnis für die Besonderheit eines verdolmetschten Beratungsgesprächs und Know-how im Umgang damit.

Mit dieser Arbeitshilfe möchten wir die Fachkräfte der Migrationssozialarbeit für die Veränderung der Beratungssettings durch den Einsatz einer dolmetschenden Person sensibilisieren, um einen bewussten und sichereren Umgang mit Sprachmittlung in der Beratungspraxis zu unterstützen.



Perspektivenwechsel – Interkulturelle Öffnung in der Behindertenhilfe – Analysen und Handlungsempfehlungen

Das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen (FdM) – die Plattform der mittlerweile ca. 250 Migrantenorganisationen im Verband – wurde 2007 gegründet mit dem Ziel, Migrantenorganisationen innerhalb wie außerhalb des Paritätischen mehr Gehör zu verschaffen, sie zu qualifizieren und zu vernetzen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat sich seit langem dem Ziel der interkulturellen Öffnung verschrieben und dazu 2012 auch Leitlinien verabschiedet, die eine Reihe konkreter Umsetzungsschritte beinhalten. Auch für einzelne Handlungsfelder hat der Paritätische, zusammen mit anderen Organisationen, entsprechende Zielvorgaben veröffentlicht, wie etwa das Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe oder für eine kultursensible Behindertenhilfe. Zudem gibt es eine Vielzahl einzelner Projekte, Arbeitshilfen etc. zu dem Themenkomplex der interkulturellen Öffnung insgesamt. Und dennoch gibt es in vielen Bereichen noch Handlungsbedarf.

Auch wenn in der gesamten Debatte um Teilhabe/Integration von Migrant*innen die wichtige Rolle von Migrantenorganisationen mittlerweile wesentlich stärker wahrgenommen und positiv

bewertet wird, so sind diese doch nach wie vor nur selten Träger sozialer Dienste und Einrichtungen. Oftmals fehlt die systematische Einbeziehung der Perspektive der Migrant*innen bei der Ausgestaltung der Angebote sozialer Arbeit.

Genau auf diese Lücke wollte der Verband und das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen mit dem Projekt „Perspektivenwechsel: interkulturelle Öffnung der Behindertenhilfe“ aufmerksam machen. Hier ging es ganz gezielt darum, die Sichtweisen, die Erfahrungen und Erwartungen der „Betroffenen“, hier also Menschen mit Migrationshintergrund und Beeinträchtigungen, zum Ausgangspunkt des Projekts zu nehmen. Davon ausgehend wurden dann – angereichert durch weitere Perspektiven von Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Migrantenorganisationen und von Expert*innen – Handlungsempfehlungen erarbeitet, die sich einerseits an die Einrichtungen und Dienste richten aber auch an die Politik, indem sie notwendige Strukturveränderungen ansprechen.

Auch wenn das Projekt zunächst einmal beendet ist, so sind wir doch zuversichtlich, dass wir Impulse geben konnten, die weit über den Projektzeitraum hinauswirken werden.

PROJEKT ABGESCHLOSSEN

Das Projekt des Paritätischen Gesamtverbandes „Perspektivenwechsel: Interkulturelle Öffnung in der Behindertenhilfe“, welches in Kooperation mit dem Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen (FdM) durchgeführt wurde, konnte am 31.08.2020 erfolgreich abgeschlossen werden. Das Projekt zielte darauf ab, die interkulturelle Öffnung in der Behindertenhilfe zu fördern und somit zur Verbesserung der Teilhabechancen der Menschen mit Migrationshintergrund in der Behindertenhilfe beizutragen.

Dabei war es von besonderer Bedeutung, die Perspektive der Betroffenen – Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund - sichtbar zu machen. So wurden zuerst 10 Gesprächskreise mit den Betroffenen bzw. ihren Angehörigen im Zeitraum vom 12. 2018 bis 03.2019 in fünf Städten durchgeführt, um die Bedürfnisse der Migrant*innen mit Behinderung sowie ihre Zugangsbarrieren bei der Inanspruchnahme von Angeboten aus ihrer Perspektive zu erfahren. Anschließend wurde eine Online-Befragung zum Thema IKÖ in der Behindertenhilfe arrangiert, an der sowohl 965 Einrichtungen der Behindertenhilfe als auch 114 Migrantenorganisationen vom Paritätischen teilgenommen haben. Auf Basis der Gesprächskreise, der Befragungen und von zwei Fachgesprächen mit Expertinnen und Experten konnten Handlungsempfehlungen für die interkulturelle Öffnung der Behindertenhilfe abgeleitet werden. Zum Schluss des Projekts fand eine Online-Abschlussveranstaltung am 25.08.20 statt.

Als Ergebnis des Projekts konnten eine Broschüre inkl. Handlungsempfehlungen (52 Seiten), eine Expertise zum Thema Migration und Behinderung in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (28 Seiten) und vier Videoclips (jeweils vier Min.) erstellt werden. Deutlich wurde in dem Projekt unter anderem, dass eine enge Kooperation zwischen den Organisationen in den Bereichen Migration und Behindertenhilfe von vielen als notwendig angesehen wird, diese Kooperation bisher aber nur in geringem Umfang besteht.

Weitere Informationen unter www.paritaet.org



PARITÄTISCHE (ONLINE-) TERMINE

8.10.2020

Um die Ecke denken - Kreative Methoden im beruflichen Alltag erfolgreich einsetzen

In erfolgreichen Teams werden Ziele gemeinsam erarbeitet und definiert. Dabei verlangen neue Anforderungen in einer sich ständig verändernden Umgebung schnelle, flexible und innovative Ideen. Um diese erfolgreich umzusetzen, müssen gewohnte Pfade verlassen und kreative Konzepte entwickelt werden. Dabei können kreative Methoden helfen, sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Anbieterin: Paritätische Akademie Süd
info@akademiesued.org

22.10.2020

Konflikte - das Salz in der Suppe

Konflikte begleiten uns im Alltag. Sie bieten die Chance, gewohnte Verhaltensweisen zu überdenken und zu verändern. Gleichzeitig beeinflussen sie die Stimmung im gemeinsamen Umgang häufig negativ und es ist notwendig, sie schnell und für alle Beteiligten gut zu lösen.

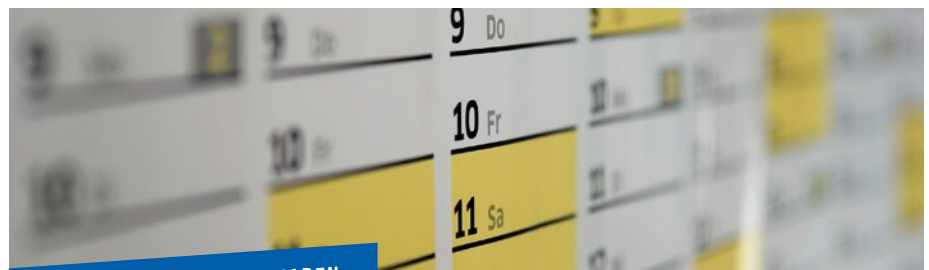
Anbieterin: Paritätische Akademie Süd
info@akademiesued.org

22.-26.10.2020

Mitarbeiter*innengespräche erfolgreich führen

Mitarbeiter*innengespräche sind ein bedeutendes Führungsinstrument und stellen hohe Anforderungen an Führungskräfte. In klar strukturierten Gesprächen erleben Mitarbeiter*innen persönliche Weiterentwicklung durch die Benennung von Stärken und Schwächen und daraus abgeleiteten Zielen. Dafür benötigt die Führungskraft eine hohe Kommunikationskompetenz.

Anbieterin: Paritätische Akademie Süd
info@akademiesued.org



INFOS ZU ONLINE-SEMINAREN

Aktuell sind Präsenzseminare durch die Corona-Pandemie vorerst nicht möglich. Daher bieten wir und unsere Mitgliedsorganisationen zahlreiche Online-Seminare und Webinare an.

Alle Infos und technischen Hintergründe finden Sie auf www.paritaet.org unter „Veranstaltungen.“

5.-6.11.2020

48 Stunden Vielfalt ohne Alternative - Online

Auf der Konferenz erarbeiten wir gemeinsam Lösungsstrategien, trainieren miteinander und machen uns stark, um gemeinsam für Toleranz, Offenheit und Vielfalt einzutreten. 48 intensive Stunden, in denen wir uns austauschen, vernetzen und gemeinsam auf unsere Praxis blicken.

Wie kann ich als Sozialverband, Initiative oder Einrichtung künftig meinen Job machen, wenn Rechte pöbeln, drohen und sogar in den Parlamenten mitbestimmen? Wie kann ich gemeinsam mit der Kollegin, der Gemeinde, dem Verband aktiv werden gegen Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit?

Wie biete ich rassistischer Hetze im Alltag souverän die Stirn?

Auf der Konferenz 48 Stunden Vielfalt ohne Alternative! erarbeiten wir gemeinsam Lösungsstrategien, trainieren miteinander und machen uns stark, um gemeinsam für Toleranz, Offenheit und Vielfalt einzutreten. 48 intensive Stunden, in denen wir uns austauschen, vernetzen und gemeinsam auf unsere Praxis blicken.

Anbieter: Der Paritätische Gesamtverband
bgr@paritaet.org

12.11.-10.12.2020

Medienbildung im Alltag von Kindertageseinrichtungen

Auf der Basis von Fachwissen spezialisieren Sie Ihre Kenntnisse im Hinblick auf medienpädagogische Fragen. Sie setzen

sich mit digitalen Medien und ihrer Wirkung in der Kita auseinander und wissen somit, wie Sie Kinder bei der Verarbeitung ihrer Medienerlebnisse unterstützen können. Ebenso nehmen Sie wertvolle Anregungen zur Medienbildung in Kindertageseinrichtungen sowie Erfahrungen mit der Vielfalt von Medien mit.

Anbieterin: Paritätische Akademie NRW
tanja.marquardt@paritaet-nrw.org

19.-24.11.2020

E-Trainer- Crashkurs für Dozent*innen

Mit diesem Kurs erweitern Sie Ihr didaktisches Fachwissen und sind in der Lage, digitale Lernangebote methodisch sinnvoll zu gestalten. Durch die Erarbeitung eines eigenen Projekts werden Sie handlungssicher im Umgang mit digitalen Angeboten und den unterschiedlichen Tools. Sie können das Erlernte in den selbst konzipierten Online-Angebote anwenden.

Paritätische Akademie NRW
nadine.koster@paritaet-nrw.org

#GLEICHIMNETZ

PLÖTZLICH MOBIL ARBEITEN? KEIN PROBLEM!

Infos zu unserem Webzeugkoffer auf:

der-paritaetische.de/webzeugkoffer

EINKAUFSVORTEILE NUTZEN

Details zu unseren 160 Rahmenvertrags-Partnern, bei denen Sie Rabatte erhalten, finden Sie im Einkaufsportale unter www.der-paritaetische.de/einkauf

Folgende **neue Partner** bieten Ihnen ab sofort Sonderkonditionen an:

Die **Satiata GmbH** mit Sitz in Kassel beliefert Sie zuverlässig und zeitnah mit Hygiene-, Medizin- und Schutzprodukten zu exklusiven Sonderkonditionen.

Der webbasierte **BITE** Bewerbermanager unterstützt Organisationen entlang der kompletten Recruiting-Prozesskette. Unter www.stellen-im-gesundheitswesen.de erhalten Sie zudem eine branchenspezifische Jobbörse zur kostenlosen und automatischen Publikation aller aktiven Ausschreibungen.

Seminaris Hotels: Häuser in ganz Deutschland, individuell und mit Charakter gestaltet, mit aufregenden Veranstaltungsräumen und einem Netzwerk mit Trainer*innen, Coaches und Speakern.

Die **Deutsche Elektro Prüfgesellschaft (DPG)** ist Ihr kompetenter und zuverlässiger Partner, wenn es um Ihre elektrische Betriebssicherheit geht: zertifiziert nach ISO 9001 und mit eigener Prüfsoftware.

Neben den Sonderrabatten bietet Ihnen **SATURN:** Persönliche B2B-Ansprechpartner*innen, professionelle Projektbetreuung vor Ort, exklusive Sonderaktionen, Zahlung 30 Tage netto

Sie erhalten bei **MediaMarkt** Sonderkonditionen auf ausgewählte Produkte der Eigenmarken ISY, PEAQ, OK, KOENIC.

Zusätzlich zur **CorelDRAW** Graphics Suite sind im Rahmenvertrag weitere Programme enthalten: der Bildbearbeitungs-Klassiker PaintShop Pro, das Packprogramm WinZip (zur DSGVO-konformen Verteilung und Sicherung von Dateien) und die Videoschnitt-Programme der Pinnacle-Produktreihe.

Vorteile für Mitarbeitende:

In unserer geschlossenen Facebook-Gruppe „**Parität exklusiv – Rahmenverträge**“ geben wir Tipps rund um die Themen unserer Partner, informieren über Vorteile für Mitarbeitende, machen Gewinnspiele und vieles mehr. Zudem soll uns die Gruppe als Austauschplattform dienen.

Für Rückfragen stehen Ihnen Karsten Härle und Rebecca Neuparth unter einkauf@paritaet.org gerne zur Verfügung. Sie finden uns nun auch auf Instagram: [instagram.com/pari_spar](https://www.instagram.com/pari_spar)



IMPRESSUM



Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110

Internet: www.der-paritaetische.de

Facebook: www.facebook.com/paritaet/

Twitter: @Paritaet

Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)

E-Mail: redaktion@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Gwendolyn Stilling (Leitung),

Tel.: 030/24636-305

Philipp Meinert,

Tel. 030/24636-339

Verantwortlich für die Landesseiten:

Brandenburg: Andreas Kaczynski,

Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0

Hessen: Dr. Yasmin Alinaghi,

Tel.: 069/95526220

Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-200

Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese*r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

– Gesamtverband e. V.,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:

MD Medien Dienste GmbH

Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Druck:

Henrich Druck + Medien GmbH,

Schwanheimer Straße 110,

60528 Frankfurt am Main

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Bildnachweise:

S. 10/11: Fotos: Annabell Fugmann, Grafik:

Designed by slidesgo/Freepik

S. 17: Agata Melnyk

S. 24 (Mitte): Bundesregierung / Guido

Bergmann

S. 26: Katharina Mayer

S. 35: tunedin - Fotolia.com/Icon

Alle hier nicht aufgeführten Bilder sind entweder privat zur Verfügung gestellt oder die Bildrechte liegen beim Paritätischen Gesamtverband.



Hartz 4 und der Tag gehört dir?



Bullshit!

Wusstest du, dass 76 % der Hartz-4-Beziehenden
überhaupt nicht arbeitslos sind?

Fakten checken:

www.hartzfacts.de